

Erinnerung an die  
freie Wahl zur  
Volkskammer der DDR  
vor 10 Jahren

Freitag, den 17. März 2000

Der Deutsche Bundestag erinnerte am 17. März mit einer Sonderveranstaltung im Plenarsaal an die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990. Zu dieser Sonderveranstaltung waren nicht nur Mitglieder des Deutschen Bundestages und frühere Bundestagsabgeordnete, sondern auch die ehemaligen Mitglieder der 10. Volkskammer und Verfassungsorgane eingeladen.

Herausgeber:  
Deutscher Bundestag  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
Berlin 2000

Protokollierung:  
Deutscher Bundestag  
Stenographischer Dienst

Fotos:  
Hans Günther Oed

Gesamtherstellung:  
Bonner Universitäts-Buchdruckerei



## Inhalt

	Seite
Rede des Präsidenten des Deutschen Bundestages Wolfgang Thierse	5
Rede der damaligen Präsidentin der Volkskammer der DDR Dr. Sabine Bergmann-Pohl, MdB	13
Ansprache des Ministerpräsidenten Dr. Reinhard Höppner	20
Ansprache des damaligen Ministerpräsidenten, Lothar de Maizière	27
Ansprache Dr. Wolfgang Ullmann	35
Ansprache Dr. Jürgen Schmieder	40
Ansprache Dr. Gregor Gysi, MdB	45
Ansprache Professor Dr. Richard Schröder	52
Ansprache des Staatsministers Dr. Hans Geisler	59
Es spielten die Berliner Symphoniker, dirigiert von Eduardo Marturet	
Buchpräsentation und Ausstellung	65

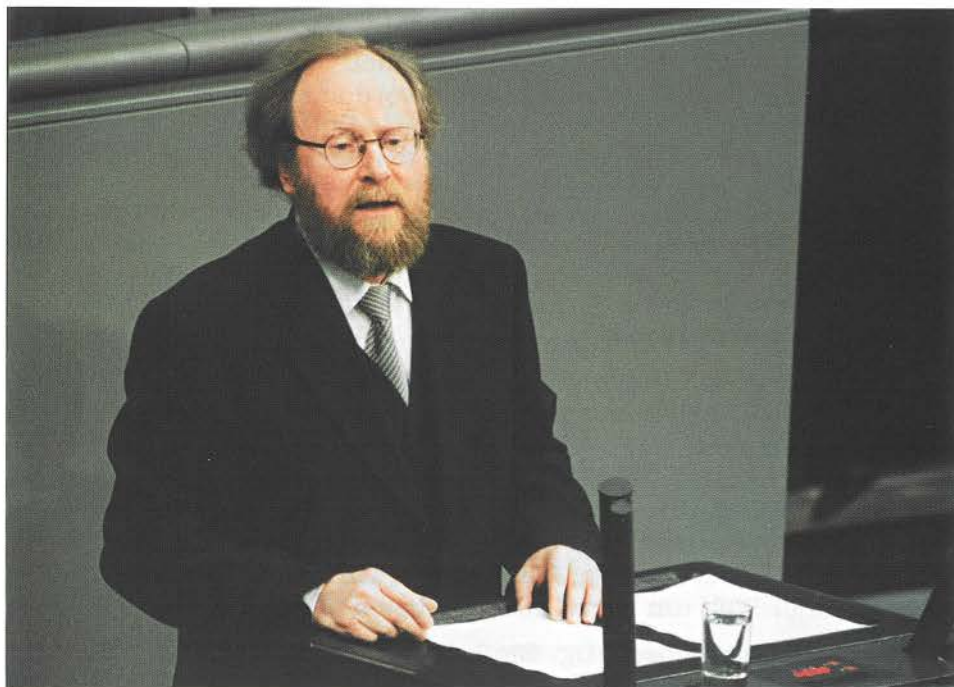


Georg Friedrich Händel: Ouvertüre und  
„La Paix“ aus der „Feuerwerksmusik“

Ausführende: Berliner Symphoniker,  
dirigiert von Eduardo Marturet



# Rede des Präsidenten des Deutschen Bundestages Wolfgang Thierse



Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Meine sehr geehrten Damen und Herren!  
Vor allem meine lieben Kolleginnen und Kollegen  
aus der gemeinsamen Volkskammerzeit!

Die Wahl zur 10. Volkskammer der DDR am 18. März 1990 unterschied sich grundlegend von allen neun Wahlen zuvor. Nicht ein Block, sondern 24 Parteien bewarben sich um die 400 Sitze in der Volkskammer. Deren Verteilung wurde den Wählerinnen und Wählern überlassen und stand nicht schon vor der Abgabe des ersten Stimmzettels fest.

Die Bedingungen, unter denen die Wahl stattfand, waren im revolutionären Herbst 1989 der SED abgetrotzt worden, womit die Revolution auf den Boden der geltenden Verfassung gestellt wurde. So hatte

die 9. Volkskammer freie politische Meinungsäußerung am 5. Februar 1990 legalisiert und die Bildung politischer Vereinigungen und Parteien ermöglicht.

Sofort standen demokratische Grundsatzfragen zur Debatte: etwa, ob das Parlament der DDR, also die Volkskammer, den zentralen runden Tisch ablösen solle oder ob diese direkte, aber informelle Form von Demokratie der repräsentativen, der parlamentarischen Demokratie vorzuziehen sei, sie nicht wenigstens ergänzen solle.

Die Bürgerbewegung stritt leidenschaftlich, ob der Schritt von der Bewegung zur Parteigründung getan werden solle, ob die fordernde Protestbewegung selbst nach der Macht zur Gestaltung der Gesellschaft greifen solle. Das Volk indessen drängte auf Entscheidungen, es wollte eine neue, entscheidungsfähige Regierung.

So bezeichnet der 18. März 1990 das Ende des revolutionären Aufbruchs und – in einer seiner entscheidenden Forderungen – den Erfolg dieses revolutionären Aufbruchs, nämlich die Durchführung freier, geheimer Wahlen.

Die erste frei gewählte Volkskammer der DDR hat in ihrer zweiten Sitzung am 12. April 1990 einer gemeinsamen Erklärung aller Fraktionen zugestimmt, mit der sie Verantwortung für die deutsche Geschichte übernimmt. Die Parlamentarier der DDR haben sich „im Namen der Bürgerinnen und Bürger“ der DDR bekannt zur – ich zitiere – „Mitverantwortung für Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder“ und sie haben „die Juden in aller Welt um Verzeihung“ gebeten.

Das war 40 Jahre überfällig. Sie haben den Bürgerinnen und Bürgern der Sowjetunion für „Ermutigung und Anregung“ bei der „Umgestaltung“ der DDR gedankt und in Erinnerung an die Leiden des Zweiten Weltkriegs die Hoffnung auf eine Partnerschaft in Frieden geäußert. Die Abgeordneten der Volkskammer haben die Komplizenschaft der DDR am Unrecht des Einmarsches gegen den Prager Frühling bedauert und wollten aus der unfreiwilligen Bruderschaft des Ostblocks möglichst rasch freiwillige und umso freundschaftlichere Beziehungen zu den Völkern Osteuropas aufbauen. Diese Erklärung war 21 Jahre überfällig gewesen. Die Übernahme historischer Verantwortung war Zeugnis von einem historischen Bewusstsein, das die SED bei allem Bemühen nicht hatte auslöschen können.

Meine Damen und Herren, der 18. März ist jedoch nicht nur das Datum der ersten freien Wahl zur Volkskammer, sondern auch der Zugeständnisse des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. an die Märzrevolution 1848. So wie der 9. November ein Datum mit mehreren historischen Bezügen ist, so liegen auch am 18. März mehrere

Lagen deutscher Geschichte übereinander. Am 18. März 1848 hatte der preußische König die Zensur aufheben, den Vereinigten Landtag früher einberufen und eine Verfassungsreform ankündigen müssen, weil die protestierenden Massen den Druck auf ihn immer weiter erhöhten. Das geschah in Berlin vor dem Stadtschloss, an dessen Stelle sich heute noch der Plenarsaal der ehemaligen Volkskammer der DDR befindet. Die Märzrevolution von 1848 war nicht erfolgreich. Die erste freie Volkskammerwahl am 18. März 1990 dagegen war ein Erfolg des Freiheits- und schließlich auch des Einheitsstrebens der Deutschen.

Der Erfolg der friedlichen Revolution in der DDR hat viele Väter und Mütter – es kann nicht oft genug davon berichtet werden –: die Charta '77 im heutigen Tschechien, die Solidarnosc und den runden Tisch in Polen, die ungarische Regierung, die den Eisernen Vorhang öffnete, die Zehntausende, die ihre Ausreise aus der DDR über Prag und Budapest erzwangen, die Hunderttausende, die daraufhin Honecker und Krenz mit dem Ruf „Wir bleiben hier!“ unter Druck setzen konnten, die vielen kleinen, oft konspirativen Gruppen, die, von der Friedens- und Ökologiebewegung inspiriert, den Weg zur grundsätzlichen Ablehnung des realexistierenden Sozialismus gefunden und so intellektuell und moralisch den Boden für die Revolution und für deren Gewaltlosigkeit bereitet hatten und schließlich auch die Sowjetunion, Gorbatschow, die die alte wie die neue SED-Spitze wissen ließ, sie werde die DDR nicht mit Gewalt gegen deren Bürgerinnen und Bürger am Leben erhalten. – Ihnen allen haben wir zu danken.

Der Tag der ersten freien Volkskammerwahl markiert in mindestens zweierlei Hinsicht einen wichtigen Wendepunkt dieser Revolution: Er beendete die revolutionäre Phase und eröffnete die parlamentarische. Aus Bewegungen waren Parteien geworden, aus einfachen Bürgern wurden Parlamentarierinnen und Parlamentarier, Ministerinnen und Staatssekretäre.

Innerhalb wie außerhalb der DDR war zunächst freundlich herablassend, später hämischer und aggressiver von der „Laienspielschar“ die Rede. Das mag vom hohen Ross derjenigen, die seit Jahrzehnten Berufspolitiker und professionelle Beobachter von Berufspolitikern waren, zutreffend beobachtet gewesen sein. Aber was anderes sollten wir sein? 40 Jahre lang gab es die Möglichkeit der freien, öffentlichen Rede nicht. 40 Jahre lang war jede öffentliche Kontroverse unterdrückt worden. 40 Jahre lang konnte Verantwortung für das Ganze allenfalls auf Weisung von oben, aber nie aus eigenem Antrieb und vor allem nie mit selbst gesteckten und persönlich zu verantwortenden Zielen übernommen werden.

Allen Männern und Frauen, die es trotzdem wagten, sich den Aufgaben eines parlamentarischen Mandats zu stellen, muss – gerade auch im Rückblick – für ihren Mut und ihre Verantwortungsbereitschaft gedankt werden.

Dies war ein Wagnis mit offenem Ausgang. Nicht wenige haben ihre soziale Existenz aufs Spiel gesetzt. Viele mussten später beruflich völlig neu anfangen. Das bürgerliche Leben und die Arbeitswelt, in die sie zurückzukehren hatten, waren nicht mehr dieselben, die sie im Dienste des neuen Aufbruchs verlassen hatten.

Der Deutsche Bundestag hat allen Anlass, Ihnen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen aus der 10. Volkskammer, der einzig frei gewählten, für Ihren Mut, Ihre zivile Gesinnung, Ihren Einsatz und Ihr Vorbild zu danken.

Ein zweiter, wesentlicher Wendepunkt ist mit diesem Wahltag, mit dem 18. März 1990, verbunden: Er war zur demokratischen Legitimation für die deutsche Einheit geworden. In einem Punkt nämlich war das Wahlergebnis eindeutig: Die überwältigende Mehrheit der Stimmen war auf Parteien und Personen gefallen, die sich im Wahlkampf die deutsche Einheit zum Ziel gesetzt hatten. Lothar de Maizière, der von den Wählern den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten hatte, beteiligte konsequenterweise möglichst viele Parteien, die die Einheit wollten, an seiner Regierungskoalition.

Spätestens der Wahlkampf hatte jedem Kandidaten und jeder Kandidatin gezeigt: Der Souverän war nicht interessiert an einem weiteren politischen Experiment. Den Souverän interessierte kein Aufruf „Für unser Land!“. Der Souverän ignorierte die Wünsche derer, die am 4. November 1989 für eine neue DDR geworben hatten. In den Debatten ging es nur noch einer Minderheit um die Frage: Einheit – ja oder nein? Die Mehrheit stritt allenfalls noch über das Tempo. Der Souverän in der DDR hatte am 18. März mit übergroßer Mehrheit die Einheit gewählt. Alles andere ist Legende.

Es hat überhaupt keinen Zweck, diese Entscheidung der Wählerinnen und Wähler mit deren vermeintlichen oder tatsächlichen Motiven denunzieren zu wollen. Der Wunsch nach Wohlstand ist ein ebenso legitimes Motiv wie der nach Reisefreiheit, nach Meinungsfreiheit, nach politischen und individuellen Grundrechten.

Am 4. November 1999, vor einigen Monaten, konnte man in Berlin am Alexanderplatz den Spruch „Wir waren das Volk!“ lesen. Damit sollte an die große Demonstration von 1989 an derselben Stelle erinnert werden. Diese Demonstration war wichtig und beeindruckend. Es hatten eine halbe Million oder sogar mehr Menschen daran teilgenommen. Dort waren viele – ich auch –, die „Wir sind das Volk!“ geru-



fen hatten. Aber das Volk hat sich erst am 18. März entschieden und Parlamentarier haben die Entscheidung des Souveräns nicht zu kritisieren, sondern anzunehmen.

Ich kritisiere meinerseits auch jenen Spruch vom vergangenen Herbst nicht, er sei in irgendeiner Weise unzulässig. Im Gegenteil, bietet er doch Anlass zu mancher Assoziation und Reflexion. Nur waren die Demonstranten vom 4. November 1989 nicht das Volk, sondern lediglich ein Teil davon. Das Volk der DDR aber ist seit dem 18. März – und erst seit dem 18. März – in einer Weise politischer Souverän, wie es das Volk seit der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 nicht mehr sein durfte, und es macht in gehörig unkalkulierbarer Weise bis heute bei Wahlen Gebrauch davon. Auch das ist der Fortschritt des 18. März 1990.

Die Anziehungskraft des westdeutschen Parteiensystems hat sich damals bewiesen; auch das ist unterschiedlich bewertet worden. Dieses angeblich dem Osten fremde, weil ursprünglich westdeutsche Parteiensystem ist aber in Wirklichkeit nach den Brüchen der deutschen Geschichte des zu Ende gegangenen Jahrhunderts immer noch erkennbar verwandt mit den Parteien der Weimarer Verfassung: Die Bürgerlichen und die Nationalliberalen, die Christlichen – damals Katholischen – und Konservativen, die Sozialdemokraten trugen die Weimarer Demokratie, bis sich die einen Hitler geschlagen gaben oder gar andienten und die anderen ab 1933 zerschlagen wurden.

Die großen Richtungen haben sich in Westdeutschland in neuen Formationen wiedergefunden und bis heute alle Neugründungen überlebt und ausgehalten. Neu war, an die Stelle konfessioneller und ständischer Zersplitterung die große christlich-konservative Volkspartei zu setzen und die Sozialdemokratie von der Arbeiter- zur Volkspartei zu wandeln. Gleichwohl gibt es weiterhin die Liberalen und die Grünen. Offensichtlich ist es dieses Parteiensystem, das bis heute die demokratischen Strömungen Deutschlands zu integrieren imstande ist.

Wenn ich diese grobe Linie zeichne und auf die eigentlich notwendigen Differenzierungen verzichte, dann aus einem Grund: Es ist meines Erachtens nicht zutreffend, zu behaupten, 1990 hätten sich die Ostdeutschen ein fremdes, für sie traditionsloses Parteiensystem an den Hals gewählt. Vielmehr haben sie den 1933 verlorenen – besser: abgeschnittenen – Faden wieder aufgenommen; gewiss nicht ohne den Einfluss und die Hilfe der westdeutschen Parteien, aber doch nicht einfach und allein als deren Produkt.

Später haben die Ostdeutschen spezifische Modifizierungen vorgenommen. Jeder weiß, welche der Parteien in den ostdeutschen Län-

dern ums Überleben kämpfen muss und welche ostdeutsche Partei in den westdeutschen Ländern nur marginale Zustimmung erfährt. Auch diese Bemerkung will keine politologische Analyse liefern, sondern auf den Umstand hinweisen, dass die deutsche Einheit, dass der ostdeutsche Souverän unser Parteiensystem verändert und regional ausdifferenziert hat. Ostdeutschland hat mit der ersten freien Wahl keineswegs seine Gestaltungsmacht aufgegeben, sondern die ostdeutschen Wählerinnen und Wähler gestalten die Politik im vereinten Deutschland auf unübersehbare Weise mit.

Die Idee, nach diesem 18. März 1990 unabhängig von der Notwendigkeit, lediglich eine ausreichende Mehrheit in der Volkskammer zu organisieren, eine möglichst große Koalition zu bilden, findet ihre Entsprechung in einer Forderung, die gerade in Ostdeutschland bis heute lebendig ist: „Arbeitet in den großen politischen Fragen zusammen und nicht ständig nur gegeneinander“ und „Gebt es zu, wenn ihr zusammenarbeitet, und verbergt es nicht hinter einem Nebel aus taktischer Polemik.“

Es ist gut, dass der Deutsche Bundestag in grundlegenden Fragen zu gemeinsamen Lösungen fähig ist. Trotzdem möchte ich angesichts dieser Skepsis gegenüber demokratischem Streit – gerade auch in Ostdeutschland – sagen: Dieser Streit ist notwendig, dieser Streit unterscheidet die Demokratie von Diktatur, dieser Streit macht die Unterschiede zwischen den Parteien und damit die demokratischen Alternativen deutlich. Dass wir auch in Ostdeutschland die Wahl haben, das ist der Gewinn der Einheit.

Heute, zehn Jahre nach der ersten freien Volkskammerwahl in der DDR, stehen die Parteien aus aktuellem Anlass in der Kritik. Diese Kritik hat ihre Berechtigung, aber sie bereitet auch Sorge. Was bedeutet es, wenn in einem demokratischen Staat, in einer demokratischen Gesellschaft, der Rückzug der Parteien gefordert wird? Ohne dieser noch zu führenden Debatte vorzugreifen, will ich doch – gerade am heutigen Tag – einer allgemeinen Antiparteienhaltung widersprechen. Transparenz für die Wähler ist eher gewährleistet, wenn sich eine Gruppierung programmatisch äußert und entwickelt, als bei angeblich Unabhängigen, die weder ihre Finanzen noch ihre Absichten vor einer Wahl offenlegen müssen. Der Vorteil sich erkennbar unterscheidender Parteien sollte nicht einer aktuellen Enttäuschung oder einer aktuellen Empörung geopfert werden.

Der Rahmen unseres Handelns hier im gesamtdeutschen Bundestag ist der des Grundgesetzes. Der Konsens der Demokraten besteht darin, diesen Rahmen nach bestem Wissen und Gewissen zu respektieren. Darin sind sich die hier vertretenen Abgeordneten gleich. Auf dieser Basis vertreten sie unterschiedliche Auffassungen und reprä-

sentieren tatsächlich vorhandene Richtungen und Meinungen der Bevölkerung als Teile des Ganzen, für ihren Wahlkreis, für die politische Richtung, mit der sie übereinstimmen, für diesen Teil, für diese Partei.

Die Demokratie ist gewiss mühsam. Sie ist nicht immer einfach, sie ist nur gelegentlich unterhaltsam und kurzweilig. Sie begnügt sich nicht damit, dass wir etwas meinen und bald darüber abstimmen. Demokratie will möglichst viele hören, bevor sie entscheidet. Demokratie setzt auf das vorgetragene Argument, das gesprochene Wort und nicht nur auf die Schlagzeile. Demokratie kann es nicht allen recht machen, aber sie schenkt auch denen Gehör, die anderes wollen als die jeweilige Mehrheit.

Und die Demokratie geht gerade nicht davon aus, dass es irgendwo dort oben bessere Menschen gibt, die schon alles richtig machen werden. Im Gegenteil: Demokratie nimmt die Menschen, wie sie sind, und setzt deswegen auf Kontrolle, auf kritische Öffentlichkeit, verleiht deswegen politische Macht nur für bestimmte, kurze Zeit. Sie hat Regeln für den Machtwechsel.

Deswegen ist die Demokratie allen anderen Staatsformen vorzuziehen. Deswegen ist der 10. Jahrestag einer ersten freien Parlamentswahl ein freudiger Tag.

Mit dieser Wahl am 18. März 1990 hat sich Ostdeutschland nicht nur für die parlamentarische Demokratie und für die deutsche Einheit entschieden. Die Entscheidung setzte an die Stelle einer Staatsführung, die sich diktatorisch-patriarchalisch für alles verantwortlich machte, einen Staat, der Teil der Gesellschaft ist und der nicht von oben alles zu bestimmen trachtet, sondern der durch Strukturen und Definitionen bei weitem nicht für alles verantwortlich sein darf, was in der Gesellschaft geschieht.

Daran haben sich noch nicht alle gewöhnen können. Der demokratische Staat teilt sich die Macht in der Gesellschaft mit anderen, die Macht und Einfluss haben: Tarifparteien, Verbände, Kirchen usw. Der demokratische Staat ist nicht verantwortlich für Preise, Löhne und Mieten, er ist nicht verantwortlich für das materielle Wohlergehen jedes Einzelnen. Begrenzung der Macht und Begrenzung staatlicher Zuständigkeit sind Bedingungen persönlicher Freiheit.

Am 18. März 1990 wurde die Möglichkeit des Staates, jeden Einzelnen jederzeit zu gängeln und zu manipulieren, abgewählt. Der Staat in seiner Allmacht wurde vom Sockel geholt und zur Sache der Bürger gemacht. Das geschah am 18. März in Ostdeutschland, und wir sollten niemandem erlauben, das wieder rückgängig zu machen.



Wir sollten auch der Tendenz, der durchaus autoritären Haltung widerstreiten, von der Politik, vom Staat, von denen da oben alles zu erwarten und dann regelmäßig enttäuscht zu sein, wenn diese Erwartung nicht befriedigt wird. Die Erinnerung an den 18. März 1990 ist auch die Erinnerung an den Aufbruch zu eigener und freier politischer Aktivität.

Meine Damen und Herren, die freie Volkskammer des Jahres 1990 hat nur sechs Monate getagt. Aber sie hat ein gutes, ein großes Kapitel in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus geschrieben und wir, liebe Volkskammerkolleginnen und -kollegen können sagen: Wir sind dabei gewesen.

Rede  
der damaligen Präsidentin  
der Volkskammer der DDR  
Dr. Sabine Bergmann-Pohl, MdB



Herr Präsident!  
Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Mein besonderer Gruß gilt natürlich  
den ehemaligen Kolleginnen und Kollegen  
der frei gewählten Volkskammer.  
Meine Damen und Herren!

Beim Blättern in den Annalen des Deutschen Bundestages stieß ich  
auf die Antrittsrede des ersten Bundespräsidenten, Theodor Heuss,  
die dieser vor Bundestag und Bundesrat am 12. September 1949 ge-  
halten hatte. Er formulierte:

Es ist das geschichtliche Leid der Deutschen, dass die Demokra-  
tie von ihnen nicht erkämpft wurde, sondern als letzte, als ein-

zige Möglichkeit der Legitimierung eines Gesamtlebens kam, wenn der Staat in Katastrophen und Kriegen zusammengebrochen war.

Historische Vergleiche hinken natürlich wie alle Vergleiche. Dennoch bezeugt die friedliche Revolution in der DDR, dass hier ein überlebtes Herrschaftssystem durch eine siegreiche demokratische Bewegung zerstört wurde.

Die deutsche Geschichte ist arm an Ereignissen, in denen Volksbewegungen den Lauf der Geschichte positiv gestaltet haben. Hier haben wir einen überzeugenden Vorgang, der die Verwirklichung von Freiheit und Demokratie in Deutschland durch die Deutschen selbst beinhaltet. Bürgerbewegungen, Massendemonstrationen gegen Mauer und Stasi und für eine demokratische Selbstbestimmung sowie das Auseinanderbrechen des sozialistischen Lagers ebneten den Weg für die erste freie Volkskammerwahl am 18. März 1990.

Vier Jahrzehnte hatte es gedauert, bis die Volkskammer der DDR endlich das wurde, was sie immer vorgab zu sein: ein frei gewähltes und demokratisch legitimiertes Parlament. Es sind deshalb nicht die ersten 40 Jahre, die ihr einen besonderen Platz in der deutschen Parlamentsgeschichte sichern, sondern ihre letzten sechs Monate.

Worauf gründet sich dieser Anspruch? Zum einen waren die Wahlen vom 18. März Folge und Fortsetzung eines sich seit mehreren Monaten vollziehenden gesellschaftlichen Wandlungsprozesses. Die freie Abstimmung hatten sich die Bürger der DDR regelrecht erkämpft. Wahlfälschungen wurden nicht mehr hingenommen. Zum anderen bestand der Hauptinhalt der Tätigkeit der Abgeordneten in der Erarbeitung der gesetzlichen Grundlagen eines demokratischen Staates, womit zum Dritten die notwendigen Voraussetzungen für die Mitgestaltung eines zukünftigen wiedervereinigten Deutschlands geschaffen wurden.

Die Einmaligkeit unserer Arbeit dokumentiert die Tatsache, dass wir sozusagen in politischer Lichtgeschwindigkeit arbeiteten, indem in genau sechs Monaten in 39 Plenartagungen 164 Gesetze und 93 Beschlüsse verabschiedet wurden. Damit betrieben wir gleichzeitig in Rekordzeit unsere Selbstaflösung.

So turbulent und ungewöhnlich wie die damalige Zeit war auch unser Parlament. Von heute auf morgen und ohne jede Vorbereitung wurden wir aus unserem Arbeitsleben gerissen, um eine parlamentarische Arbeit mit höchster Verantwortung in einer geschichtlich einmaligen Zeit zu übernehmen. Für jeden Einzelnen ergaben sich völlig neue Erfahrungen und Einsichten. Keiner von uns konnte vor der Volkskammerwahl ahnen, auf welche Weise die Geschichte ein-

mal sein Leben bestimmen würde und welche Anforderungen an ihn nach jenem 18. März gestellt werden sollten.

Wir Abgeordnete waren bis zu unserer Wahl Beschäftigte in verschiedensten Berufen und Tätigkeiten gewesen: Arbeiter und Ingenieure, Angestellte und Pfarrer, Lehrer und Ärzte. Doch mit den Eigenheiten führender politischer, insbesondere parlamentarischer Institutionen war kaum jemand vertraut. Die persönlichen Berufs- und Lebenserfahrungen halfen uns deshalb wenig. In meinem ärztlichen Alltag jedenfalls spielten die Geschäftsordnungen von Parlamenten keine Rolle. Und die 40-jährige Geschichte eines Jasagerparlaments nutzte uns auch nichts. Denn das war ja eben der grundlegende Unterschied zwischen vorher und nachher.

Wir mussten demzufolge erst lernen, mit den Regeln der Demokratie umzugehen. Die äußeren Umstände und inneren Bedingungen erforderten jedoch rasches Handeln. Zeit zum Üben war nicht. Nüchterne Urteile und kühne Entscheidungen wurden von uns verlangt. Trotz politisch unterschiedlicher Überzeugungen durften wir das große Ziel der Wiedervereinigung nicht aus den Augen verlieren. So notwendig es war, dieses Ziel mit allem Nachdruck zu verfolgen, so lebenswichtig war es, die vielen Fragen des Alltags, die Sorgen und Ängste der Menschen in unsere Arbeit einzubeziehen. Wir hatten die Freiheit gewonnen und mit ihr wuchs unsere Verantwortung.

Ein wesentliches Charakteristikum unserer Arbeit war ein hohes Maß an Spontaneität. Es waren schon schwierige Zeiten. Wir wussten tatsächlich manchen Tag nicht, welche neuen Probleme auf uns zukamen, sowohl im Parlament als auch außerhalb. Nicht jede Frage war zu beantworten, nicht jedes Einzelproblem zu lösen. So mancher professionelle Parlamentarier hätte wohl in dieser oder jener Situation auch keine Antwort gewusst.

Es ist durchaus verständlich, dass manches etwas handgestrickt wirkte. Aber heute können wir im Rückblick auf die sechsmonatige Arbeit des Jahres 1990 sagen: Wir haben unseren Auftrag erfüllt, mitzuwirken, die staatliche Einheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung zu vollenden.

Insofern blicken die meisten von uns ehemaligen Volkskammerabgeordneten mit Freude und mit Stolz auf diese für uns so bedeutende, turbulente, aber auch schöne Zeit zurück.

Dass wir in unserer Tätigkeit durch mancherlei organisatorisch-technische Schwierigkeiten gehemmt waren, sei nur am Rande vermerkt. Wir hatten zum Beispiel zunächst keine Arbeitsräume, keine Wohnräume, wenig technische Hilfsmittel und unzureichende Telefonanschlüsse. Übrigens: Das einzige Telefon, das in den Westen

ging, hatte ich, und das war ständig überlastet. Das einzig vorhandene Faxgerät war ebenfalls hoffnungslos überlastet.

Jeder von uns hat sich auf seine Weise bemüht, der großen und besonderen Verantwortung gerecht zu werden. Jeder hat sich sein persönliches Urteil gebildet und seine eigene Wahrheit gesucht. Eine Garantie für den besten Weg konnte es nicht geben. Fehler und Irrtümer waren nicht ausgeschlossen. Und doch haben wir immer wieder versucht, Zeichen der Wahrhaftigkeit zu setzen. Bei allem Hader über uns selbst, bei aller Unzufriedenheit über die Ergebnisse im Einzelnen haben wir doch im entscheidenden Moment die Kraft für gemeinsame Verantwortung aufgebracht – und wir sind dabei erstaunlich fair miteinander umgegangen.

Unsere Arbeit wurde sehr aufmerksam verfolgt. Die Volkskammer erfreute sich in jeder Hinsicht des regen Interesses der Bürger jenes nun vergangenen Staates wie auch der internationalen Öffentlichkeit. Kein Wort, das im Plenum gesprochen wurde, keine Kontroverse, keine Abstimmung entgingen dem wachen Blick der Zuschauer an den Bildschirmen. Sie zeigten eine Anteilnahme, wie man sie sich für unser heutiges Parlament wünscht. Viele Menschen brachten unserer Arbeit Achtung und Wohlwollen entgegen.

Diese Anerkennung war für uns sehr wichtig, gab es doch auch gegenteilige Verhaltensweisen und Äußerungen. Deshalb erinnern wir uns heute mit Schmunzeln an die Titulierung „Laienspieler“, die uns damals Profis verliehen. Dazu gedacht, die großen Anstrengungen von Menschen zu verniedlichen, die über Nacht ins Rampenlicht der Geschichte gedrängt wurden, hat sich diese offensichtliche Herabsetzung heute in ihr Gegenteil verkehrt. Zehn Jahre danach kann man bereits hier und da das Bedauern vernehmen, dass diese „Zeit der Laienspieler“ leider sehr kurz war. Im Übrigen: Wir waren nun einmal so; uns Parlamentariern lag das Herz auf der Zunge.

Gestatten Sie mir bei dieser Gelegenheit einige Dankesworte in Erinnerung an diese arbeits- und ereignisreiche Zeit: Zunächst gilt mein Dank dem aufopfernden Handeln der Volkskammerabgeordneten, ihrem Mut und ihrem persönlichen Einsatz. In diesen Dank schließe ich alle Mitarbeiter ein, die unsere Arbeit zum Erfolg geführt haben.

Des Weiteren danke ich dem damaligen Deutschen Bundestag für die geleistete Unterstützung, wobei es nicht immer leicht war, Wirklichkeit und rasches Handeln auf der einen Seite und einen gewissen Hang zur parlamentarischen Perfektion auf der anderen Seite in Übereinstimmung zu bringen.

An dieser Stelle möchte ich auch betonen, dass die großen Verdienste der beiden damaligen Regierungen unter Helmut Kohl und Lothar de Maizière unvergessen sind.

Was bleibt nun von unserem damaligen Wirken und was haben wir erreicht? Es bleibt eine bedeutende geschichtliche Leistung, die – eingebettet in den Gesamtprozess der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands – ein bemerkenswertes Stück deutscher Parlamentsgeschichte beinhaltet. Ohne die konkreten gesellschaftlichen Bezüge außer Acht lassen zu wollen, gesellt sich dieses Jahr 1990 würdig zu den herausragenden Daten des Werdens der deutschen Demokratie und der Konstituierung demokratischer Parlamente von 1848, 1919 und 1949.

Umso erstaunlicher ist es, dass sich Wissenschaft und Politik bisher nur unzureichend mit unserem 90er-Parlament beschäftigt haben. Das bedauere ich sehr; denn die Wiedervereinigung war das Ergebnis vielfältiger Bemühungen, wozu eben auch die frei gewählte Volkskammer gehört. Es handelte sich übrigens nicht um ein regionales Ereignis, sondern um gemeinsame deutsche Geschichte, zu der viele Akteure ihren Beitrag leisteten. Zu diesen gehören in nicht unbedeutendem Maße die Bürger der DDR und ihr Parlament. Mit der Legitimation durch die Wahl am 18. März 1990 half die Volkskammer, die inneren und äußeren Bedingungen für die deutsche Einheit zu schaffen.

Es geht überhaupt darum, das Werden der Einheit in den Mittelpunkt der Betrachtungen zu stellen. Bei aller Anerkennung der föderalen und regionalen Strukturen und Traditionen unseres Landes sind wir ein Volk. So bitter die Spaltung auch war, so getrennt die Wege auch verliefen, ist uns dennoch die gleiche Vergangenheit eigen. 40 Jahre Leben in zwei Staaten haben es nicht vermocht – das spricht doch wohl für dieses eine Volk –, das Bewusstsein des Zusammengehörens zu verdrängen.

Wie anders sollte man den rasanten Prozess der Wiederherstellung der staatlichen Einheit – sobald sich die erste reale Möglichkeit ergab – interpretieren? Dass wir vieles erreicht haben, steht außer Zweifel. Dabei spielt auch der Einsatz der Ressourcen der alten Bundesländer eine wesentliche Rolle.

Hin und wieder, so scheint es, sehen wir wegen manchen Alltagsärgerers nicht die historische Leistung, die vor nunmehr zehn Jahren und seitdem vollbracht wurde. Im Rahmen eines weltpolitischen Umbruchs fand eine ganze Epoche von Krieg und Nachkrieg ihr Ende. Europa kam sich einen wesentlichen Schritt näher. Mitten in diesem Prozess erreichte unser Volk seine Einheit. Man muss auch anerken-



nen, dass sich seitdem für die große Mehrheit der Bürger des ganzen Landes Lebensverhältnisse und Lebensqualität beachtlich verbessert haben.

Ich vergesse dabei nicht, dass viele Menschen große Sorgen haben, die sich insbesondere aus der hohen Arbeitslosigkeit ergeben. Die Sicherung der materiellen Bedingungen unseres Lebens ist das Hauptanliegen aller. Aber darüber hinaus sollten gerade wir Abgeordnete uns stärker den geistigen und psychologischen Problemen des Einigungsprozesses zuwenden.

In meinem Schlusswort zur Beendigung unserer Arbeit am 2. Oktober 1990 sagte ich:

Viel Geduld und Einfühlungsvermögen auf beiden Seiten werden notwendig sein, damit keine Seite Schaden nimmt, damit alte Gräben zugeschüttet werden und neue nicht entstehen können.

Das ist leider bisher nicht überzeugend in Erfüllung gegangen. Sicher, es fehlte an vorsorgenden Plänen für eine solche gesellschaftliche Transformation. Es gab manche zu akzeptierenden Ursachen für aufgetretene Defizite im Einigungsprozess. Allerdings ist auch zu verzeichnen, dass Geduld und Einfühlungsvermögen – wie oben angeführt – eben nicht in ausreichendem Maße vorhanden waren und sind. Zur Vollendung des Prozesses ist Zeit notwendig, viel Zeit. Das hat mancher unterschätzt, woraus sich ohne Zweifel Ungeduld ergab.

Dazu gesellte sich bei den Bürgern in den neuen Bundesländern eine gewisse Unzufriedenheit mit der eigenen Lage, die aus nicht erfüllten Erwartungen resultierte. Dabei spielte wohl weniger die Vorstellung von einem kommenden Paradies eine Rolle als vielmehr die Hoffnung auf eine ertragreiche Arbeit und ein selbstbewusstes und vorurteilsfreies Leben. Aber andererseits möchte ich mir auch nicht vorstellen, was es bedeutet hätte, den 50. Jahrestag des Bestehens der DDR erleben zu müssen.

Weitere Probleme ergaben und ergeben sich bis heute aus den wechselseitig nur gering vorhandenen Kenntnissen voneinander. Es ging und geht auch noch heute um die gegenseitige Anerkennung von Lebensleistungen und Erfahrungen.

Dazu kommt, dass oft die Gelegenheit verpasst wurde, für das gesamte Land eine gründliche Analyse einzelner gesellschaftlicher Bereiche bezüglich des Bewahrens und des Veränderns vorzunehmen. So erleben wir jetzt, dass manche guten Erfahrungen, die auch in der DDR gemacht wurden und zunächst der Ablehnung verfielen, nun mit viel Mühe im ganzen Lande Eingang finden.



Mir geht es in diesem Zusammenhang nicht so sehr um Tadel oder Vorwurf, sondern um das Erkennen von Möglichkeiten, die wir heute und in der Zukunft haben, den Prozess des Zusammenwachsens zu fördern. Auch eignet sich das Thema „Freiheit und Demokratie“ sehr für gemeinsame Betrachtungen, treffen doch hier jahrzehntelange Erfahrungen der Bundesrepublik im täglichen Umgang mit ihnen und die ohne Zweifel bedeutsamen Ergebnisse des Handelns der Bürger der DDR in den Jahren 1989 und 1990 aufeinander.

Das würde auch helfen, so manche Meinung zu ändern, die sich aus mangelnder Kenntnis ergibt. Eine solche oberflächliche Meinung besagt etwa, dass es bei den Bürgern in den neuen Bundesländern ein Defizit an Demokratieverständnis gebe. Gerade weil diesen Bürgern das Geschenk der Freiheit nicht gemacht wurde, sondern es eigener Anstrengung bedurfte, lassen sie keine Geringschätzung zu, sondern würdigen die Freiheit als eine ebenso unermesslich große Gabe wie eine ungeheure tägliche Aufgabe, um Worte Richard von Weizsäckers zu gebrauchen.

Hierin sehe ich einen wichtigen Anknüpfungspunkt für einen allgemeinen Meinungsaustausch über Freiheit und Demokratie, ihren Wert, ihren Bestand und ihre Sicherung. Ich finde es gut und notwendig, Meinungen zu formulieren, Erfahrungen auszutauschen und so die Zukunft vorzubereiten; denn die Zukunft ist eine gemeinsame. Wir können ihren Anforderungen nur gerecht werden, wenn wir zusammenstehen.

In diesem Sinne wollen wir unsere vor zehn Jahren begonnene Arbeit fortsetzen.

Siegfried Matthus: 1. Satz aus „Visionen“

Ausführende: Berliner Symphoniker,  
dirigiert von Eduardo Marturet

# Ansprache des Ministerpräsidenten Dr. Reinhard Höppner



Herr Präsident!  
Meine sehr geehrten Damen und Herren!  
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Viel zitiert wurde der Ruf der Demonstranten im Herbst 1989 „Wir sind das Volk!“, ein urdemokratischer Satz, der einen Machtanspruch gegenüber dem scheinbar allmächtigen Politbüro anmeldete. Aber vergessen wir nicht: Es war noch nicht d a s Volk, das da rief. Es war noch eine Minderheit, wenn auch eine gefährliche Minderheit für die Mächtigen.

Diese Minderheit war höchst ungewöhnlich. Sie setzte dem in der DDR zeitlebens vertrauten Satz der Ausreiseantragsteller „Wir wollen raus“ und damit der vertrauten Konfliktlösung durch Flucht oder Ausgrenzung den Satz „Wir bleiben hier“ entgegen. Es meldeten

sich also Menschen zu Wort, die ihr Land mitgestalten wollten. Wenn wir heute an die erste frei gewählte Volkskammer erinnern, wenn wir heute Möglichkeiten und Grenzen dieses Parlaments ausloten, dann ist für mich die Schlüsselfrage: Was ist eigentlich aus dem Gestaltungswillen in jenen Monaten auf dem Weg zur Einheit geworden? Wie steht es um diesen Willen zur Mitgestaltung heute?

Zunächst überstürzten sich ja die Ereignisse im Herbst 1989. Es wurde der schöne Satz geprägt: Das Wort veraltet uns im Munde. Fehlten auf den großen Demonstrationen am 4. November 1989 in Berlin noch die Forderungen nach der Herstellung der deutschen Einheit, so sollte sich das schlagartig nach dem Fall der Mauer am 9. November ändern. Für manche änderte sich in dieser einen Woche ihr ganzes Weltbild.

Der sympathische Ruf „Wir sind ein Volk!“ war für manche schon der Anfang der Abgabe von Verantwortung an die scheinbar Klügeren und Erfolgreicheren aus dem Westen. Ich jedenfalls habe in jenen Wochen sehr oft den Satz gehört: Macht alles schnell, so wie im Westen!

Schon wenige Wochen nach dem Fall der Mauer verfielen Demonstranten in dieses alte Konfliktmuster aus DDR-Zeiten – übrigens das einzige Machtmittel der Ohnmächtigen –, nämlich Flucht und Abstimmung mit den Füßen, indem sie skandierten: Kommt die D-Mark nicht zu uns, gehen wir zur D-Mark hin. Das war altes DDR-Muster. War da der Gestaltungswille schon zerbrochen? Ich glaube, nein. Er lebte weiter. Das war an den runden Tischen erkennbar. Sie erhielten ihre Legitimation allerdings nicht vom Volk, sondern sie erlangten sie durch die fehlende Legitimation von Regierung und Parlament der damaligen DDR.

Aber selbst die Lebensdauer der runden Tische war kürzer als erwartet. Die Wahlen zur Volkskammer mussten vom Mai auf den 18. März 1990 vorgezogen werden. Am 18. März war dann wirklich das ganze Volk gefragt. Die Botschaft dieser ersten freien Wahlen war eindeutig. Das Volk wollte die Einheit, und zwar so schnell wie möglich. Alle Parteien hatten sie in irgendeiner Variation in ihrem Programm. Aber schon am 18. März war klar: Wer Bedingungen formulierte, verlor Stimmen.

Das galt sogar für den treffenden Satz von Willy Brandt in dieser Zeit. Er sagte: „Der Zug in Richtung Einheit rollt. Jetzt kommt es darauf an, dass keiner unter die Räder kommt.“ Selbst solch ein Satz wie „Jetzt kommt es darauf an, dass keiner unter die Räder kommt“ war im Grunde genommen verdächtig, man wolle doch nicht so schnell und eindeutig die Einheit.

Wenn ich daran erinnere, dass damals viele aus dem Osten sagten, man solle möglichst schnell alles so wie im Westen machen, dann tue ich das auch, weil ich es nicht leiden kann, wenn heute immer erzählt wird, andere hätten uns die westdeutsche Ordnung einfach übergestülpt. Das sind falsche Realitäten.

Die Botschaft des 18. März 1990 war eindeutig, selbst wenn viele die Folgen dieser Entscheidung nicht überschaut haben: Wir Volksvertreter hatten die Aufgabe, die deutsche Einheit herzustellen, also uns selbst abzuschaffen. Wir konnten bestenfalls noch darüber streiten, wie viel Zeit wir uns nehmen konnten und mussten, um diese Aufgabe einigermaßen ordentlich zu erledigen. Dafür gab es weder Vorbilder noch einigermaßen gründliche Vorüberlegungen. Zeit und Aufgabe waren einmalig, einmalig übrigens auch in jenem Sinne, wie wir alle, wenn wir uns erinnern, sagen: Es war auch in unserer Biografie eine einmalige Zeit.

Aber würde unsere Gestaltungskraft ausreichen? Wie viel Zeit würden wir haben? Der schon im Herbst 1989 geprägte Satz „Das Wort veraltet uns im Munde“ galt im Grunde genommen auch für die erste frei gewählte Volkskammer. Ich habe noch einmal nachgesehen: Wer den Koalitionsvertrag und die Regierungserklärung von Ihnen, Herr Ministerpräsident a. D. de Maizière, liest, der bekommt den Eindruck: Eigentlich handelt es sich um ein Programm für mindestens vier Jahre. Damals war der umfassende Gestaltungswille noch erkennbar, das Land zu verändern und dann mit der Vereinigung das ganze Deutschland voranzubringen.

Wer erinnert sich noch daran, dass wir anfangs nach einem Präsidenten für die DDR suchten? Ich habe dazu selber Gespräche geführt. Schon neun Wochen nach der Konstituierung der Volkskammer am 17. Juni 1990, dem letzten Tag der deutschen Einheit im geteilten Land, standen wir vor der Frage, ob wir vor der Größe der Aufgabe kapitulieren oder den Prozess der Einheit weiter demokratisch mitgestalten.

Die DSU stellte damals, angespornt von dem historischen Datum und sicherlich auch von der Anwesenheit der großen Persönlichkeiten – der Bundespräsident, der Bundeskanzler und die Bundestagspräsidentin waren in der Volkskammer –, spontan den Antrag: Beitritt zum heutigen Tage. Wir haben darüber übrigens bis Mitternacht beraten. Ich bin dann gefragt worden, was denn der Antrag „Beitritt zum heutigen Tage“ bedeute, jetzt sei ein neuer Tag.

Wir haben das abgewehrt. Das ist eine der Leistungen dieser Volkskammer. Sieben Wochen später, am 8. August 1990, stand das

Thema wieder auf der Tagesordnung. Gut drei Wochen danach wurde der Beitrittstermin beschlossen.

Wenn Sie das einfach einmal in parlamentarische Arbeit heute übertragen, dann ist in unvergleichbar kleinen Zeiträumen Riesiges an Reformen in Gang gesetzt worden. Wen wundert es, dass viele aufgeregte Sitzungen darunter waren, die mich dann veranlassten, jenes kleine Holzglöckchen mitzubringen?

Sein Läuten ist nämlich nervend und beruhigend gleichermaßen.

Diese Volkskammer war das einzige Parlament, dessen Sitzungen von Anfang bis Ende live im Fernsehen übertragen worden sind – übrigens mit hervorragenden Einschaltquoten.

Darin besteht auch ein entscheidendes Verdienst dieser Volkskammer. Sie hat durch offene und öffentliche Diskussion den Einigungsprozess für die Menschen in der DDR einigermaßen nachvollziehbar gemacht. Denn viele wussten in dieser Zeit nicht, was mit ihnen und ihrem Lande vorgeht. So konnten sie sich wenigstens diese Debatten vor Augen führen und dadurch miterleben, wie wir über den Vertrag von Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion gestritten haben oder wie schließlich in der Nacht vom 22. zum 23. August 1990 um 3 Uhr der Beitrittstermin 3. Oktober 1990 beschlossen worden ist. Die Sitzung endete laut Protokoll um 3 Uhr nachts. Übrigens, Frau Bergmann-Pohl, wir fürchteten damals schon den 41. Jahrestag der DDR. Deswegen mussten wir das vor dem 7. Oktober 1990 machen.

Dass die friedliche Revolution in demokratisch geordneten Bahnen zur deutschen Einheit führte, ist ein Verdienst der Volkskammer. Das Entscheidende passierte in Sondersitzungen meist nachts mit vielen Auszeiten, wie damals unser Wort für die Unterbrechung der Sitzung hieß. Als Laienspieler wurden wir von Beobachtern aus dem Süden bezeichnet. Böse gemeint, aber gut getroffen, habe ich gesagt.

Ohne dieses ursprüngliche und authentische Engagement von Abgeordneten, ohne das große Improvisationstalent wäre die Aufgabe, die wir vor uns hatten, überhaupt nicht zu bewältigen gewesen. Dazu könnte ich Ihnen jetzt viele Geschichten erzählen.

Zugegeben, oft war der Gestaltungswille größer als die Gestaltungskraft.

Das galt zum Beispiel für ein Erbe des runden Tisches, das wir auf den Tisch der Volkskammer gelegt bekamen: den Entwurf einer neuen Verfassung der DDR. Ich erinnere mich an Berge von Unterschriften für diese Verfassung, die ich übrigens bis zum Ende der Volkskammerzeit in einem Schrank in meinem Büro aufbewahrt habe. Wohin sie dann verschwunden sind, weiß ich nicht.



Die Kraft für eine neue Verfassung hatten wir nicht, auch wenn die alte Verfassung der DDR so schlecht war, dass wir bereits vor der eigentlichen Konstituierung der Volkskammer eine Verfassungsänderung machen mussten, um diesen demokratischen Prozess überhaupt erst in Gang zu setzen. Aber wir beschränkten uns nach kontroversen Diskussionen darauf, ein Verfassungsgrundsatzgesetz mit vielen verfassungsändernden Gesetzen zu machen, die dann folgten. Ich glaube, das war einer der wesentlichen Gründe dafür, dass diese Regierung nicht nur eine einfache Mehrheit im Parlament brauchte, sondern eine Zweidrittelmehrheit. Ohne die hätte man den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nicht in den Koalitionsvertrag schreiben können.

Die Gestaltung des Einigungsprozesses ist auf diese Art und Weise in einem größtmöglichen Konsens passiert. Opposition und Regierung der Bundesrepublik Deutschland trafen sich im Zweifelsfalle in den Arbeitszimmern der Volkskammerabgeordneten, um über den Weg zur Einheit mitzureden. Das war die Realität jenes halben Jahres.

Unsere Gestaltungskraft war begrenzt, nicht nur durch die Kürze der uns zur Verfügung stehenden Zeit, sondern auch durch fehlende Fachkenntnisse, zum Beispiel über die wirtschaftliche und rechtliche Situation in der zusammenbrechenden DDR. Umso bedauerlicher ist es, dass einige weiter gehende Aufgaben, die wir dem gemeinsamen deutschen Parlament durch den Einigungsvertrag mitgegeben haben, nur unzureichend erledigt worden sind, wie etwa die Modernisierung des Grundgesetzes.

Eine erkennbar veränderte und vom Volk ratifizierte Verfassung hätte dem gemeinsamen Deutschland – wie viele im Westen Deutschlands erst sehr viel später begriffen haben –, der seit 1990 grundlegend veränderten Bundesrepublik Deutschland, wirklich gut getan.

Zehn Jahre danach fragt man sich natürlich: Was war besser zu machen? An der einen oder anderen Stelle gab es schon Möglichkeiten, zum Beispiel bei den Eigentumsfragen, wenn wir mehr über die tatsächlichen Eigentumsverhältnisse in der DDR gewusst hätten. Im Grundsatz war der Weg richtig. Aber die Ungeduld der einen begrenzte auch die Gestaltungsmöglichkeit der anderen. Das begann bereits bei den Verhandlungen um den ersten Staatsvertrag, der zum 1. Juli das heiß begehrte Westgeld bringen sollte. Später wäre es doch geradezu absurd gewesen, wenn wir gedroht hätten, nicht beizutreten, falls die eine oder andere unserer Forderungen nicht erfüllt würde. Das kann man übrigens auch in den erstaunlich knappen und präzisen, an der Sache orientierten Reden in der Volkskammer nachlesen.

Der Fall der Mauer war wie der Bruch eines Staudamms. Da hilft kein Philosophieren darüber, dass man das Wasser langsamer aus dem Stausee hätte ablassen müssen. In dieser Situation galt es, Sandsäcke zu schleppen, damit nicht alles überschwemmt wurde. Danach galt es, das überschwemmte Land wieder urbar zu machen. Das haben wir getan – nicht fehlerfrei, aber engagiert und aufs Ganze erfolgreich.

Wir haben die Ergebnisse der Bodenreform bewahrt, auch wenn viele Eigentumsfragen offen geblieben sind. Wir haben die Privatisierung der Wirtschaftsunternehmen eingeleitet, obwohl wir damals noch glaubten, man könne daraus Einnahmen erzielen; wir haben darüber geredet, dass man Volksaktien verteilen könne. Wir haben mit der Aufarbeitung der Vergangenheit begonnen und dafür gesorgt, dass sie unter ostdeutscher Regie weitergeführt wird, auch wenn uns beispielsweise die Überprüfung der Abgeordneten unseres eigenen Hauses gründlich misslungen ist. Wir haben die Renten vieler auf gutem Niveau gesichert, auch wenn uns die Einordnung einiger Zusatzversorgungssysteme in die Ordnung der Bundesrepublik Deutschland bis heute nicht ordentlich gelungen ist. Wir haben die Länderbildung geschafft – sie war eine Grundvoraussetzung für die Einordnung der DDR in das föderale System der Bundesrepublik –, auch wenn die Diskussion über zu kleine Länder nicht verstummen will.

Wenn wir heute erkennen, dass unsere Seelen mit dem Tempo der Veränderungen oft nicht mitgekommen sind, so muss man doch feststellen, dass eine wesentliche Hilfe für die Akzeptanz der Ergebnisse des Einigungsprozesses die offene und öffentliche Arbeit der frei gewählten Volkskammer war. Die Arbeit der frei gewählten Volkskammer war die Wiedergeburt einer lebendigen Demokratie im Osten Deutschlands. Sie war für viele, die später in die verschiedenen Landesparlamente gegangen sind, die Grundausbildung in Sachen parlamentarischer Demokratie. Die Arbeit der Landesparlamente wäre viel schwieriger gewesen, hätte es diese Lernerfahrung in der Volkskammer nicht gegeben. Wer heute das mangelnde Demokratiebewusstsein im Osten beklagt, vergisst, dass es auch in der ehemaligen Bundesrepublik, der Bundesrepublik bis 1990, einen schwierigen Anfang gegeben hat, dann aber mit der Entwicklung der Demokratie auch eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte einherging.

Der Weg zur deutschen Einheit war ein Weg mit vielen Gefährdungen. Dass dieser Weg im Einvernehmen mit unseren Nachbarn und den Alliierten möglich war, ist ein Geschenk der Geschichte.

Dafür sollten wir – alle Deutschen in Ost und West – dankbar sein.

Lassen Sie mich das noch ein bisschen illustrieren: Das war ein Geschenk zum Selberbauen. Mich erinnert das immer an die Überra-

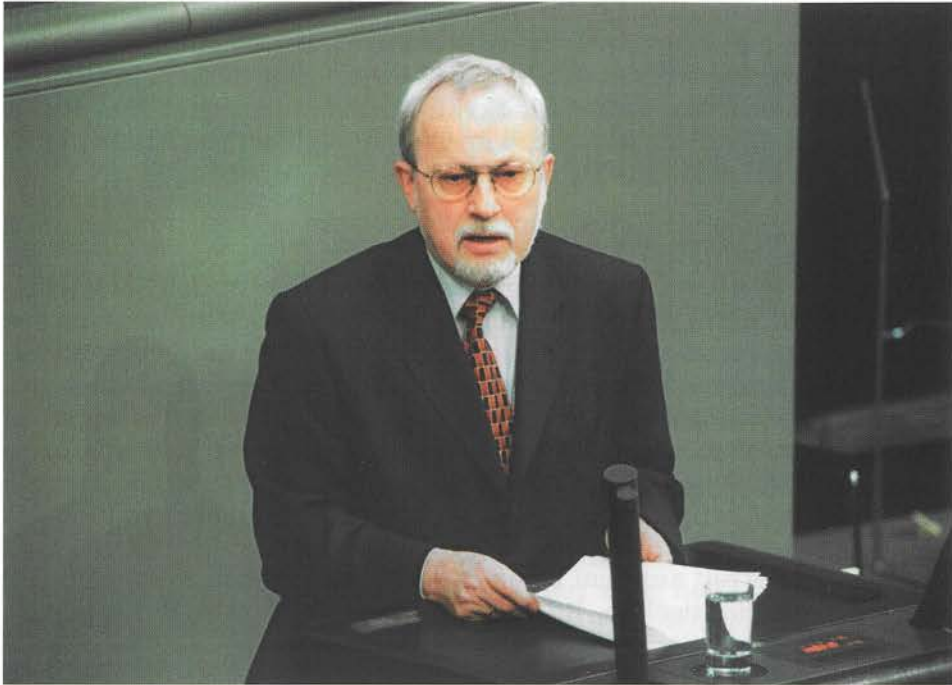


schungseier für Kinder, die auch Sie kennen werden. Einige von ihnen enthalten viele Einzelteile. Wenn man sich nicht die Mühe macht, diese Teile zusammenzubauen, dann landet das Ganze sehr schnell im Mülleimer. Der Mühe, die Teile zusammenzubauen, haben wir uns Gott sei Dank in jener Zeit unterzogen: die Abgeordneten der Volkskammer und des Deutschen Bundestages, Menschen in der Gesellschaft hüben und drüben. Allen ist heute dafür zu danken.

Einen wesentlichen Unterschied gibt es allerdings: Die süßen Überraschungseier enthalten im Zweifelsfalle eine Bauanleitung. Eine solche hatten wir jedoch nicht.

Damit bin ich wieder bei dem Improvisationstalent der hervorragenden Laienspieler, die erstaunlich oft ohne vorgeschriebene Rolle mit Begeisterung und Herz das Stück gespielt haben. Diejenigen, die dabei waren, erinnern sich gerne daran. Mein Beitrag dazu wird vielleicht am besten durch dieses kleine Holzglöckchen symbolisiert, mit dessen Läuten ich mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanke.

# Ansprache des damaligen Ministerpräsidenten Lothar de Maizière



Herr Präsident!  
Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lassen Sie mich zunächst Dank sagen, dass ich die Gelegenheit habe, hier in diesem Hohem Hause anlässlich des Erinnerns an den 18. März, des Erinnerns an die ersten freien Wahlen zu sprechen.

Ich betrachte das als Auszeichnung und als Ehre.

Doch ohne die Bedeutung der ersten freien Wahlen im Mindesten schmälern zu wollen: Die eigentliche Zäsur trägt nicht das Datum 18. März 1990. Ihm voraus ging der 9. November 1989, der Tag, an dem die schändliche Mauer hier in Berlin – ich betone dies – vom Osten her eingedrückt wurde.

In der Feierstunde vor wenigen Wochen, die an dieses Ereignis erinnerte, wurde auch an die Ambivalenz des Datums 9. November in der Geschichte des 20. Jahrhunderts erinnert. Das Gedenken an den 9. November 1938 macht es uns nicht möglich, an den 9. November 1989 mit ungeteilter Freude und geschichtsloser Euphorie zu denken.

Deutsche Geschichte machte sich jedoch schon einmal zuvor an diesem Datum fest, nämlich am 9. November 1918. Am 9. November 1918 wurde die deutsche Republik ausgerufen, und dies in deutscher Gründlichkeit gleich zweimal: einmal durch den Sozialdemokraten Scheidemann, hier vom Reichstag aus – ihm ging es um eine repräsentative parlamentarische Demokratie – und ein anderes Mal durch den Kommunisten Liebknecht, vom Portal des Berliner Stadtschlosses aus; ihm ging es um eine sozialistische Räterepublik.

Dies ist übrigens der Grund dafür, dass dieses schöne, von Andreas Schlüter geschaffene Portal 1950 bei der barbarischen Sprengung des Berliner Stadtschlosses ausgespart und später in das Staatsratsgebäude, den heutigen, wenn auch vorübergehenden Amtssitz des Herrn Bundeskanzlers, eingefügt wurde, um so anzuzeigen, auf welche Tradition, nämlich die Räterepublik, man sich berufen wollte. Der 1918 politisch und auch intellektuell nicht zu Ende ausgetragene Streit zwischen parlamentarischer und Räterepublik nach sowjetischem Muster, dieser merkwürdigen Mischung aus Räterepublik und Partei neuen Typus, war mit ursächlich für die Labilität der Weimarer Republik. Letztendlich ausgetragen und entschieden wurde dieser Streit auf dem Rücken der Ostdeutschen in Form einer sowjetisch-stalinistischen Räterepublik, die erst der Herbststurm 1989 beiseite fegte.

Nachdem das Unerhörte, das von vielen Menschen für ihr, das 20., Jahrhundert nicht mehr Erwartete, der Fall der Mauer, passiert war, gab es durchaus unterschiedliche Auffassungen über den weiteren Weg, der zu gehen sei. Nur wenige waren so weitsichtig wie Günter de Bruyn, der seine Gefühle um den 9. November in seinem autobiografischen Lebensbericht „Vierzig Jahre“ wie folgt beschreibt:

Ein knappes Jahr lebte die DDR noch weiter. Aber in meinem privaten Festtagskalender ist dieser Tag als der ihres Endes eingezeichnet. Denn ein Gefängnis, in dem Tore und Türen geöffnet werden, hört auf, eins zu sein.

Diesen Tag jedoch nur als Festtag zu begreifen ist wohl doch zu kurz gegriffen. Es begann auch eine Zeit mit vielen Unwägbarkeiten und Gefahren. Aber dass dieser Tag der Beginn von etwas völlig Neuem, Außergewöhnlichem war, das wussten wir alle. Die einen meinten, es gehe um einen erneuerten Sozialismus. Sie ahnten nicht oder ver-

mochten nicht zu ermessen, mit welcher Endgültigkeit das System dieses Namens ökonomisch, ökologisch, monetär, sozial, politisch und moralisch diskreditiert war. Sie glaubten tragischerweise noch 1990, zunächst sei es im Osten Deutschlands um die Verwirklichung antifaschistisch-demokratischer Ideale und dann sozialistischer Ideale gegangen, bevor die Widrigkeiten der Nachkriegsentwicklung, die Vergrößerung des Ost-West-Gegensatzes und schließlich Fehler und Machtmissbrauch der Regierenden das Antlitz ihres Staates entstellten.

Nein, wir wissen aus Zeugnissen unmittelbar Beteiligter wie Wolfgang Leonhard, dass die sowjetische Besatzungsmacht und ihre deutschen Verbündeten von Anfang an eine totalitäre Diktatur anstrebten und dies nur in dem Maße kaschierten, wie Rücksichten auf Weimar es erforderten.

Andere meinten, es gelte, einen völlig neuen Weg zu gehen. Nun, nachdem die alten Fesseln abgeworfen seien, gehe es darum, am runden Tisch, zunächst im Bonhoeffer-Haus, später im Schloss Niederschönhausen, eine neue DDR zu entwerfen.

Die von ihnen erträumte DDR sollte klein, bescheiden, pazifistisch, ökologisch, in nie gekannter Weise demokratisch und himmlisch gerecht sein.

Sie glaubten, man müsse diesen eudämonischen Zustand nur genau beschreiben, besser noch: in einer Verfassung verankern, um die Menschen dafür zu gewinnen. Während sie noch um Formulierungen rangen, bestimmte das Volk längst eine neue Tagesordnung; denn aus dem Ruf „Wir sind das Volk!“ wurde „Wir sind ein Volk!“.

Dennoch: Der runde Tisch diente der demokratischen Selbstfindung, der Herausbildung einer der Situation entsprechenden Streitkultur und er ebnete den Übergang zu freien Wahlen und in die parlamentarische Demokratie.

Auch dies muss gesagt werden: Ohne den und die runden Tische als Transitorium wären wir wohl kaum ohne schwere Unruhen und Verwerfungen über den Winter bis hin zum 18. März gekommen.

Eine dritte Gruppe strebte schon relativ bald einen Kurs an, der auf die Herstellung der deutschen Einheit unter dem Dach des Grundgesetzes abzielte. Dieser Kurs war zugleich eine deutliche Absage an den Versuch jedweden dritten Weges. Die so dachten, waren wohl diejenigen, die am nächsten bei den Hoffnungen und den Wünschen der Menschen damals waren und diese auch ernst nahmen. Dies ist der Grund dafür, dass die Allianz für Deutschland bestehend aus CDU, DSU und Demokratischem Aufbruch – wenn auch für viele unerwartet – die Wahl gewann.



Ihr Ausgang gefiel naturgemäß nicht allen gleich gut und mancher hatte schon seine Schwierigkeiten damit, den Volkswillen auch dann noch zu akzeptieren, wenn er mit dem eigenen Willen so gar nicht konform gehen wollte.

Aus den Wahlen ging eine Volkskammer hervor, die diesen Namen erstmals zu Recht trug. Die Wahlen waren aber zugleich in mehrfacher Hinsicht ein Plebiszit: ein Plebiszit zur Herstellung der Einheit Deutschlands, ein Plebiszit für eine föderale Grundgesetzform konform mit Demokratie, ein Plebiszit für den Rechtsstaat mit seiner Gewaltenteilung.

Im Gottesdienst vor der Konstituierung der Volkskammer in der Berliner Gethsemane-Kirche predigte einer der Moderatoren des runden Tisches, Martin Ziegler, über die Bitte aus dem 43. Psalm: „Gott schaffe mir Recht“. Die vom Beter erhoffte himmlische Gerechtigkeit ist irdisch wohl nicht erreichbar. Umso mehr sollte sich die irdische Gerechtigkeit nur am Recht und nicht an anderen, möglicherweise sehr subjektiven Wertvorstellungen Einzelner orientieren.

Letztlich erhielten die Volkskammer und die von ihr gewählte Regierung den wohl einmaligen Auftrag, zügig und zielstrebig an ihrer Selbstabschaffung zu arbeiten.

Es waren spannende fünfeinhalb Monate mit überbordenden Hoffnungen, bis wir am 2. Oktober im schinkelschen Schauspielhaus die DDR aus der Geschichte verabschieden und am 3. Oktober vor diesem Hause, dem Reichstag, das geeinte Deutschland begrüßen konnten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich darauf eingehe, was die Volkskammer aus meiner Sicht an Notwendigem tat, lassen Sie mich zunächst ausführen – dies will mir fast ebenso wichtig erscheinen –, was die Volkskammer nicht tat. Die Volkskammer ist weder am Anfang noch in den folgenden Monaten noch am 17. Juni – Sie sagten es – der Versuchung erlegen, populistischem Druck zu folgen, verantwortungslosem Rat Gehör zu schenken oder gar eigener Erschöpfung oder eigenem Kleinmut angesichts unlösbar erscheinender Probleme nachzugeben und einen vorschnellen Beitritt zu beschließen.

Sie hat in verantworteter Freiheit den Wählerauftrag angenommen, die Einheit zwar so schnell wie möglich, aber in ihren Rahmenbedingungen so gut, so vernünftig und so zukunftsfähig wie nötig – dies zugleich im Einvernehmen mit unseren Nachbarn – zu gestalten. Die Volkskammer hat sich damit der neu gewonnenen Freiheit würdig erwiesen und sie hat zugleich das in ihren Kräften Stehende getan, damit die Ostdeutschen die Einheit in Selbstachtung und Würde erreichen konnten.

Welche entscheidenden Schritte mussten wir tun? Ich nenne fünf.

Erstens. Wir mussten den Kommunen Kompetenzen und Handlungsmöglichkeiten zurückgeben. Nur so konnten wir uns vom Diktat des Zentralismus befreien. Die Menschen sollten in Fortsetzung ihrer Erfahrungen an den runden Tischen Demokratie vor Ort gestalten können.

Zur Erinnerung: Vom 2. bis zum 12. Juli 1952 fand in Berlin die 2. Parteikonferenz der SED statt, auf der sie das Programm zum planmäßigen Aufbau des Sozialismus beschloss. In Verfolgung dieses Beschlusses ließ sie – offensichtlich von langer Hand vorbereitet – durch die von ihr majorisierte Volkskammer bereits am 23. Juli 1952 ein Gesetz beschließen, durch das die auf den steinschen Reformen von 1807/1808 beruhende und dem Prinzip der Subsidiarität genügende kommunale Selbstverwaltung zerschlagen und die Länderstruktur der DDR zerstört wurde. In der Rechtssprache der DDR des Jahres 1952 hört sich das wie folgt an – Zitat –:

Das noch vom kaiserlichen Deutschland stammende System der administrativen Gliederung in Länder mit eigenen Landesregierungen sowie in große Kreise gewährleistet nicht die Lösung der neuen Aufgaben dieses Staates.

Damit einher ging die Zerschlagung der freiwilligen Gerichtsbarkeit, der Verwaltungsgerichtsbarkeit, der Finanzgerichtsbarkeit, kurz: aller Formen einer demokratischen oder rechtlichen Kontrolle und Korrektur staatlichen Handelns. Dies war die endgültige Abkehr vom Prinzip der Gewaltenteilung. Das Prinzip des demokratischen Zentralismus, der nie demokratisch, aber immer zentralistisch war und der sehr rigide und gar unter Missachtung der damals bestehenden Verfassung durchgesetzt wurde, diente ausschließlich der Monopolisierung der Macht auf das Politbüro einer Partei hin.

Das von uns beschlossene Gesetz über die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise der DDR stellt eine moderne Kommunalverfassung nach monistischem Prinzip mit umfangreichen plebiszitären Elementen bei gleichzeitig vernünftigen Quoren, kurz: mit allen erforderlichen Elementen, dar, die nach den ersten freien Kommunalwahlen den Aufbau handlungsfähiger Kommunalverwaltungen in der DDR ermöglichten.

Mit der Wiedereinführung der Länder – das ist der zweite Schritt – haben wir an die föderalen Strukturen angeknüpft, die, wie ausgeführt, 1952 unter vorsätzlicher Verneinung historisch gewachsener Eigenständigkeiten zerstört worden waren. Wir haben damit die Geschichte der deutschen Länder wieder in ihr Recht gesetzt. Die Geschichte Deutschlands ist immer zugleich auch die Geschichte sei-

ner Länder gewesen. Diese Geschichte war uns genommen worden. Wir haben erfahren müssen, dass ein geschichtsloses Volk ein gesichtsloses Volk wird.

Insofern war für uns die Bildung der Länder mehr als die Einführung neuer und damit grundgesetzkompatibler Strukturen. Vielmehr wollten wir damit den Menschen ihre landesbezogene Identität zurückgeben. Ihre Heimat sollte wieder ihren alten Namen tragen. Wir erleben noch heute täglich, wie stolz die Menschen sind, sich wieder Mecklenburger, Vorpommern, Brandenburger, Anhaltiner, Thüringer oder gar Sachsen zu nennen, so als ob man Letztere nicht schon an ihrer Sprache erkennen könnte.

Dieses Sich-wieder-Erkennen in der eigenen Geschichte, dieses Die-eigene-Identität-Annehmen hat den Ostdeutschen das Ankommen im geeinten Deutschland, in dem größeren Deutschland ermöglicht bzw. zumindest erleichtert. Ich bin tief davon überzeugt: Jede Gegenwart hat nur dann Segen, wenn sie zwischen Vergangenheit und Zukunft gelebt werden kann.

Am 1. Juli 1990 wurde mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion der erste große Schritt in die deutsche Einheit vollzogen. Es war ein mutiger Schritt, für den es in der Geschichte kein Beispiel gibt. Der abrupte Übergang von der sozialistischen Kommandowirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft war risikoreich. Aber wir mussten ihn gehen, um die gewünschten Veränderungen herbeizuführen.

Für viele verbindet sich mit diesem Datum im Rückblick lediglich die Einführung der D-Mark. Dies ist zu kurz gedacht. Mit dem 1. Juli 1990 begann ein anstrengender Transformationsprozess. Einen Königsweg für die schwierigen, die Menschen belastenden Transformationsschritte gibt es nicht. Aber der unsrige war mit Sicherheit nicht der schlechteste. Wer dies bezweifelt, dem rate ich zu einer ausgedehnten Reise durch die mittel- und vor allem osteuropäischen Staaten.

Dass wir ihn so gehen konnten, danken wir auch der Solidarität der Menschen im westlichen Teil unseres Vaterlandes, was nach den vergangenen zehn Jahren nicht unausgesprochen bleiben soll.

Als vierter Schritt sorgte mit seinen annähernd 2000 Einzelfallregelungen der Einigungsvertrag dafür, dass aus den Hoffnungen und Wünschen der Menschen Ansprüche und Rechte wurden. Gewiss, er ist, wie jeder Vertrag, ein Kompromiss. Manche Regelung, wie beispielsweise die Eigentumsregelung, hat wohl wie keine andere Regelung den Einigungsprozess belastet und erschwert.

Daran haben auch die unendlichen Reparaturversuche dieses Hohen Hauses in den Folgejahren nicht furchtbar viel geändert. Aber an keiner anderen Frage wurde so deutlich, wie schwer es ist, nach Jah-



ren des Unrechts durch Recht Unrecht aufzuheben, ohne neues Unrecht zu begehen. Dennoch: Der Einigungsvertrag hat in den letzten zehn Jahren wesentlich dazu beigetragen, im geeinten Deutschland Rechtssicherheit und Rechtsfrieden zu garantieren.

Ein Glücksfall unserer Geschichte war – das ist der letzte der fünf Schritte, die ich nennen will –, dass wir am 12. September 1990 den Zwei-plus-Vier-Vertrag, den Vertrag über die endgültige Regelung in Bezug auf Deutschland, unterzeichnen konnten. Dieser Vertrag schreibt nicht nur die Grenzen des geeinten Deutschland fest. Er gab Deutschland nach der schmachvollen, wenn auch zutiefst selbst verschuldeten Abhängigkeit von den Siegermächten seine volle Souveränität wieder – und dies im vollen Einvernehmen mit allen unseren Nachbarn, insbesondere den östlichen, und den Siegermächten. Nach nur fünfeinhalb Monaten durften wir das vollziehen, woran noch vor Jahresfrist keiner gedacht hatte: Deutschland wurde eins.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir alle wissen, dass mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 die Einigung nicht abgeschlossen war; sie ist es noch immer nicht. Immer wieder stellen wir fest, dass dies nicht nur eine materielle Frage, sondern eine Frage des praktizierten Gemeinsinns ist. Manche neuen Schwierigkeiten stellten sich uns in den Weg. Ich nenne einige:

Wir hatten erhofft, dass wir den umfangreichen Handel mit der Sowjetunion und den anderen Partnern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe würden fortsetzen können. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Zahlungsfähigkeit zerstörte diese Hoffnung. Dies hat dem Transformationsprozess zusätzliche Schärfe verliehen. Die Ostdeutschen haben diese Herausforderung mit unendlicher Geduld und Disziplin bestanden.

Mein nächster Gedanke: Manche – wenn auch notwendige – Entwicklung gab den Ostdeutschen in den ersten Jahren das Gefühl, Bürger zweiter Klasse zu sein. Ich stelle fest, dass jetzt in den neuen Ländern ein neues Selbstbewusstsein erwacht ist, ein Selbstbewusstsein, das nicht spaltet, sondern dafür sorgt, dass sich Ost und West in Augenhöhe begegnen können.

Ein weiterer Gedanke: Die neuen multikulturellen Erfahrungen bargen zunächst die Gefahr der Fremdenfeindlichkeit, des Ausländerhasse in sich. Eine wachsame und mündige politische Öffentlichkeit hat gelernt, diese Gefahren zu bannen. Zwischen Ost und West ist eine neue Alltagssolidarität entstanden, die sich nicht nur beim Oder-Hochwasser bewährt hat, sondern auch darin, dass der Solidaritätszuschlag nach wie vor ohne nennenswertes Murren gezahlt wird.

Mich erfüllt es mit Freude, wenn mir befreundete Hochschullehrer erzählen, dass das Ost-West-Thema die Studenten nicht mehr interessiert, dass sie sich vielmehr über uns Alte mokieren, weil wir dieses Thema noch immer verfolgen.

Ich will die Schwierigkeiten weder nivellieren noch gar negieren. Dennoch wage ich die Behauptung: Der Weg und die Richtung, in die wir gehen, sind richtig.

Zweimal musste das deutsche Volk im vergangenen Jahrhundert von vorn anfangen. Gebe Gott, dass das, was wir nun seit 1990 gemeinsam neu errichten, Bestand haben möge, dass keine Diktatur es entstelle und dass keine Gewalt es vernichte.

Ich danke Ihnen.

# Ansprache

## Dr. Wolfgang Ullmann



Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident!  
Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages!  
Liebe Kollegen und Kolleginnen der Volkskammer!  
Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!  
Sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung und des Bundesrates!  
Meine Damen und Herren!

Seit dem 18. März 1990 ist der 18. März in Deutschland nicht mehr nur der Tag der Märzgefallenen, sondern nicht minder auch der Tag der Märzgewählten und insofern nach 141 Jahren der nachträgliche, aber endgültige Sieg der 1848/49er in unserem Lande unterdrückten Demokratie.

Es ist mir als einem der 1990 Märzgewählten eine hohe Ehre, dem Deutschen Bundestag und seinem Präsidenten dafür zu danken, dass

er uns zu dieser Stunde der Erinnerung und des Gedenkens an den 10. Jahrestag der ersten freien Wahl in der DDR eingeladen hat. Der Deutsche Bundestag dokumentiert damit vor der deutschen, der europäischen und der internationalen Öffentlichkeit, dass er in der DDR-Wahl vom 18. März 1990 ein gesamtdeutsches Ereignis sieht, nämlich den unwiderruflichen Sieg der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts aller Deutschen in allen ihren Ländern, das Ende jener Übergangszeit, von der die alte Präambel des Grundgesetzes sprach.

Es war das klare Bewusstsein, am Ende jener Übergangszeit zu stehen, das die Abgeordneten aller Fraktionen verband. Auf dieses gemeinsame Bewusstsein gründete sich die freudige Gewissheit, zusammen mit den Kollegen und Kolleginnen des Deutschen Bundestages und den Landsleuten aus den westlichen Ländern berufen zu sein, Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden, wie es ebenfalls in jener Präambel vorhergesagt war.

Es gab noch eine andere Besonderheit dieses nur wenige Monate arbeitenden Parlaments. In ihm waren nicht nur Parteien, sondern auch Bürgerbewegungen und mit ihnen Sprecher der friedlichen Revolution des Herbstes 1989 vertreten. Ich wage es, meine Damen und Herren, auch in dieser Besonderheit ein historisches Ereignis zu sehen, wurde mit ihr doch der Beweis erbracht, dass es in der erneuerten Demokratie unseres Landes keinen Gegensatz mehr zwischen der Straße, auf der Bürger und Bürgerinnen gewaltlos ihre Mündigkeit – „Wir sind das Volk!“ – ausgerufen hatten, und dem Parlament als Repräsentanten dieses mündig gewordenen Volkes geben sollte.

Diese Anwesenheit der Bürgerbewegungen schwächte nicht die Repräsentativität dieses Parlaments samt der in ihm vertretenen Parteien und Fraktionen, es verstärkte sie vielmehr und ermächtigte es zu einer Einmütigkeit, die etwas ganz anderes war als der von einer die Herrschaft usurpierenden Partei erzwungene politische Monismus der auf Scheinwahlen basierenden Nationalen Front. In dieser Einmütigkeit artikulierte sich die gewaltlose Front der Demokratie gegen alle ihre in der deutschen Vergangenheit übermächtigen Feinde. So geschah es in der denkwürdigen Erklärung vom 12. April 1990, in der die Volkskammer ihre Verantwortung gegenüber allen von der deutschen Nazibarbarei heimgesuchten Völkern einschließlich der Pflicht bejahte, sich dafür zu entschuldigen und für Entschädigungen einzutreten. Das Parlament bejahte seine Herkunft aus einer friedlichen Revolution und damit sein Engagement für eine gesamteuropäische Friedensordnung.

Es war diese demokratische Einmütigkeit, die Frau Bergmann-Pohl und mich bestimmte, uns mit den sich im Hungerstreik befindenden Bürgerrechtlern in der Normannenstraße zu solidarisieren und da-

mit den Weg für das Öffentlichwerden eines auf kriminelle Weise gesammelten Herrschaftswissens frei zu machen. Es war die gleiche Einmütigkeit, die die Volkskammer zu dem Akt der Selbstprüfung und Selbstreinigung ermächtigte, in dem sich Abgeordnete der Überprüfung auf etwaige Stasikollaboration stellten.

Dies ist eine Stunde der Erinnerung und des Gedenkens. Ich denke aber, es ist dieser Stunde angemessen, wenn wir auch nach den Konsequenzen fragen, die heute aus diesen Erfahrungen zu ziehen sind, nämlich angesichts offenbar gewordener Wirkungsgrenzen unseres Parteiengesetzes und der schwerwiegenden Folgen einer Gesetze und Verfassung instrumentalisierenden Parteienhegemonie, angesichts der heute schon erwähnten einmaligen Herausforderungen der Überwindung der Ost-West-Spaltung Europas durch die bevorstehende Mitgliedschaft der mittelosteuropäischen Länder in der Europäischen Union, denen der Demokratisierungsprozess in der damaligen DDR so viel verdankt, sowie angesichts der Bedrohung unserer Demokratie durch die Reaktivierung des Naziprogramms einer ethnizistischen Anschluss- und Vertreibungspolitik.

Die Hauptkonsequenz kann meines Erachtens nur eine einzige sein: Stärkung des Parlaments und seiner Repräsentativität durch die Unmittelbarkeit des Kontaktes mit dem demokratischen Souverän, dem Volk aus Bürgern und Bürgerinnen. Seine Willensbildung steht auch zwischen den Wahlen nicht still und muss darum auch in die Beratungen des Parlaments einfließen können.

Wir brauchen also eine drastische Erweiterung des Petitionsrechts, auch in Richtung auf Massenpetitionen. Es darf sich nicht mehr wiederholen, dass solche Petitionen wirkungslos in die Archive wandern, wenn auch vielleicht mit der Absicht von Reinhard Höppner, sie dort aufzubewahren. Es darf sich nicht wiederholen, dass solche Petitionen wirkungslos in der Weise aufbewahrt werden wie die Waschkörbe von Petitionen zu Art. 146 des Grundgesetzes während der Arbeit der Gemeinsamen Verfassungskommission.

Das Parlament, nicht das Bundesverfassungsgericht, ist der Hüter der Verfassung und ihrer nicht änderungsfähigen und unwiderrufbaren Normen. Das Bundesverfassungsgericht ist der Richter in Verfassungsstreitigkeiten, das Parlament aber muss die Freiheit und die in der Verfassung garantierten Grundrechte aktiv verteidigen. Es darf nicht warten, bis sie verletzt werden und dann das Gericht eingreifen muss.

Das gilt auch für das Verhältnis des Parlaments zu den Parteien. Hier sehe ich einen ganz erheblichen Diskussionsbedarf, der heute natürlich nicht thematisiert werden kann. Entspannt, wie ich als



Rentner bin, und in der Gewissheit, dass auch die lieben Kollegen der DSU-Fraktion ruhig hier sitzen können, ohne dass uns irgendein Anschlussantrag drohte, wage ich es, einige Punkte zu dem Verhältnis zwischen Parlament und Parteien zu benennen, bei denen ich Diskussionsbedarf sehe.

Das Parlament kontrolliert die Parteien und nicht etwa umgekehrt.

Darum frage ich: Ist es eigentlich ein vertretbarer Zustand, dass wir ein Parteiengesetz haben, das in seinem ersten Paragraphen den Parteien die Herrschaft über die politische Willensbildung in unserem Lande zuschreibt, während die Verfassung sagt, dass es sich um Mitwirkung handelt? Müssen wir nicht endlich den verfassungsmäßigen Zustand wieder herstellen?

Ich denke, das Parlament hat um seiner eigenen Würde willen auch die Aufgabe, die Unabhängigkeit des Abgeordneten nach Art. 38 des Grundgesetzes zu schützen und für sie einzutreten. Ich frage mich darum, ob es nicht nötig ist, dass die Parlamentarier einen beim Bundespräsidenten angesiedelten Ombudsmann haben, an den sie sich in solchen Fragen wenden können.

Entspannt als Rentner frage ich weiterhin: Ist das eigentlich ein guter Brauch in diesem Hause, dass bei namentlichen Abstimmungen ein Kontrolleur danebensteht? Ich halte das mit der Würde dieses Parlaments für unvereinbar.

Im Europäischen Parlament ist dies übrigens gar nicht möglich.

Ich komme aber auch noch auf eine ganz andere sehr ernste Frage. Es geht um das Verhältnis des einzelnen und unabhängigen, nur seinem Gewissen verpflichteten Abgeordneten zu den Normen der Verfassung und unserer Gesetzgebung. Kann es irgendeinen Grund geben, dass ein Abgeordneter das Recht haben sollte, diese Verfassung und dieses Gesetz nicht zu achten?

Ich kann mir das nicht vorstellen!

Im Übrigen bin ich der Meinung des Menschenrechtsberichtes des Europäischen Parlamentes aus dem Jahre 1997, der feststellt: Wer in Schrift oder Wort oder durch sein Handeln gegen die Menschenrechte oder gar für ihre Abschaffung eines unter ihnen genügt schon, etwa des Asylrechtes eintritt, hat in einem Parlament, das der Hüter der Normen der Verfassung ist, kein Mandat.

Das ist ein weites Feld und Gegenstand für Debatten.

Ich schließe mit einem Punkt, wo ich gar keinen Diskussionsbedarf sehe, weil ich meine, das allerdings sei nun klar, nicht erst nach zehn Jahren, aber nach zehn Jahren noch klarer, als es je war: Der schwerste Verstoß gegen unser Grundgesetz in den letzten zehn Jahren ist

die Verhinderung des Verfassungsprozesses gewesen, den sowohl die Präambel als auch Art. 146 des Grundgesetzes und sogar wenn auch in abgeschwächter Form der Einigungsvertrag für den Fall vorsahen, dass jene Übergangszeit zu Ende geht: dass die verfassungsgebende Gewalt aller deutschen Bürger und Bürgerinnen in Kraft zu setzen ist, um in freier Entscheidung Einigkeit und Freiheit herzustellen. Darüber kann meines Erachtens nicht diskutiert werden.

Wir werden das, was 1990 versäumt worden ist, jetzt nicht nachholen können, ganz klar. Aber eben deswegen, meine Damen und Herren und liebe Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen, appelliere ich an Sie: Fassen Sie wenigstens den Mut, an einer einzigen Stelle diese unserem Lande unwürdige Blockade der verfassungsgebenden Gewalt der Bürger und Bürgerinnen durch ein Gesetz über Volksabstimmungen auf Bundesebene aufzuheben!

Das wäre eine Richtungsentscheidung, ebenso wie die Umbenennung des Platzes vor dem Brandenburger Tor in „Platz des 18. März“. Wäre das nicht eine gute Erinnerung und Ermutigung für uns alle, wenn man immer wieder sieht: Die Straße des 17. Juni führt auf den Platz des 18. März und erinnert uns daran, dass wir nie mehr davon ablassen dürfen, dass wir nie mehr auf dem Weg umkehren dürfen, den wir gewaltlos und demokratisch weiter zu beschreiten haben: den Weg zur immer neuen Anerkennung der Menschenwürde aller, mit denen wir in unserem Lande, in Europa und auf dem Globus zusammenleben.

Danke schön.

# Ansprache

## Dr. Jürgen Schmieder



Herr Präsident!  
Sehr geehrte Damen und Herren!  
Liebe Freunde und Mitstreiter aus der ehemaligen Volkskammer!

Was wäre das Engagement von Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher, den beiden Architekten der deutschen Einheit, wert gewesen ohne das Zutun der Bürger in der DDR? Dort wurden die eigentlichen Voraussetzungen für die Wende geschaffen, durch den Bürgerwillen und durch den Druck der Straße.

Freilich gab es auch noch andere Dinge, die die Zeit reif gemacht haben: die Ausreisewelle, wirtschaftliche Schwierigkeiten, das internationale Klima, stärker werdende Oppositionsgruppen usw. Auch wenn es für einen ehemaligen Vizepräsidenten der einzigen demokratischen Volkskammer vielleicht nicht professionell wirkt: Späte-

stens seit 1986 hat doch jeder denkende Bürger der DDR gewusst, dass es so nicht weitergehen konnte.

Ich habe hier ganz bewusst nicht „ehemalige Bürger der DDR“ gesagt, weil ich der Meinung bin, dass man nicht einfach zwei Menschengenerationen mit allen persönlichen Folgen als „ehemalig“ bezeichnen darf.

Viele haben an den Ketten gezerrt, haben persönliche widerstrebende Haltungen in kleine Einzelaktionen, in Nadelstiche umgesetzt, um für sich selbst Befriedigung zu finden. Dabei war nicht jeder mutig und hat die direkte Konfrontation mit den damals Mächtigen gesucht und war von deren Verfolgungsapparat geschunden. Bei manchem hat sich die Stasi mit dem Anlegen einer Akte begnügt und er hat offenkundig keine Repression erfahren. Aber jeder von denen, die sich damals aktiv in der Reformbewegung eingebracht haben, sollte die Biografie des anderen respektieren. Auch damals im Neuen Forum hat doch keiner gefragt: Wo kommst du her, was hast du gemacht, welche Interessen hast du? Das kam erst später. Als die Dialogbereitschaft erzwungen und der Stier bereits erlegt war, mussten die Vertreter der politischen Wende Konzepte, später Programme offenbaren und mehrheitsfähig machen, eben richtig wie in einer Demokratie.

Die, die zuerst am lautesten nach politischer Einheit und Einkehr gerufen hatten, träumten dann zu lange von einem besseren Sozialismus und mussten das Heft des politischen Handelns aus der Hand geben. Es formierten sich aus der ehemals gemeinsamen Plattform – die Dach war und Stärke bot – andere Gruppen und Parteien, die konkrete und chirurgische Veränderungen wollten.

Mit Überlegung, nicht ungestüm, habe auch ich mich damals entschlossen, etwas zu tun. Letzter Ausschlag waren die Kommunalwahlen im Mai 1989. Das Neue Forum war das von mir gesuchte Umfeld. Mit erst spontanen Aktionen hatten sich seine Mitglieder in Umweltgruppen und unter dem Dach der Kirche in Diskussionskreisen als Anfechter und Bezweifler der Kommunalwahl ihre Sporen verdient und schon einmal die Zunge geschärft. Als liberal gesonnener und zugleich christlich orientierter Bürger hatte ich das Glück, daran mitwirken zu können – im Zuge der Diskussion: Bleibt man Bürgerbewegung oder wird man politische Partei? –, aus der Aufbruchbewegung Neues Forum eine politische Partei der Mitte abzuspalten.

Zwischen christlicher Orientierung und liberalem Engagement überholten sich die miteinander ringenden Ereignisse. Besonders deutlich wurde dies in den Vorstandssitzungen der Deutschen Forum-Partei. Mit der glaubhaften Konsolidierung und Erneuerung der Liberaldemokratischen Partei in der DDR stellten sich die Weichen

für ein liberales Wahlbündnis als Bund Freier Demokraten, gestaltet durch die F.D.P. Ost, den leider schon verstorbenen Bruno Menzel, die Deutsche Forum-Partei, die ich vertreten habe, und die zur Demokratie zurückgekehrten bzw. sich auf ihre demokratischen Wurzeln rückbesinnenden Liberaldemokraten unter Rainer Ortleb.

Noch am 11. Februar 1990 – der Parteitag der LDP war gerade Geschichte – verständigten sich die Vorsitzenden der Parteien der liberalen Familie mit Graf Lambsdorff, dem Vorsitzenden der avisierten Zieladresse, der F.D.P. West. Auf Anraten unserer Freunde formierten wir den Bund Freier Demokraten. Der erfahrene und ostverbundene Sachse, der Dresdner Wolfgang Mischnick fungierte als Koordinator und begleitete uns im Wahlkampf bei der Bewältigung manch schwieriger innerer Belastungsprobe. Denn immerhin galt es, die Interessen dreier Parteien zu einen. In dieser Zeit lernten wir von unserem älteren Freund Mischnick auch für die spätere parlamentarische Arbeit.

Die Vereinigung der Kräfte des liberalen Spektrums war damals im Umfeld aller Ereignisse und Einflüsse der einzige vernünftig gangbare Weg, wenn in der politischen Mitte kein Vakuum entstehen sollte. Um das zu verhindern, waren wir angetreten. Uns blieben nur noch etwa sechs Wochen für die Strategie, das gemeinsame Programm und den Wahlkampf. Ich erinnere mich eigentlich gern an eine Vielzahl von Wahlkundgebungen der drei Vorsitzenden, zum Beispiel mit Hans-Dietrich Genscher. Damals gelang es, eine nicht nur für Veranstaltungen der Liberalen ungewöhnliche Menge an Menschen zu mobilisieren: In Halle, der Heimatstadt Genschers, kamen etwa 70 000 Menschen; im damaligen Karl-Marx-Stadt waren 110 000 Bürger auf unserer Veranstaltung.

Angesichts dieser Zahlen und des damit verbundenen Interesses an der Gestaltung des politischen Weges stimmt die Politikverdrossenheit heute traurig. Damals verfolgte man jeden Schritt der handelnden Akteure mit großem öffentlichen Interesse. Amüsant für politische Gegner mag sicher gewesen sein, dass es die Vertreter der Basis der drei liberalen Parteien immer für selbstverständlich gehalten hatten, den Wahlkampf trotz der vereinbarten gemeinsamen Flagge gegeneinander auszutragen. Dort, wo alle Parteien vertreten waren, war es eigentlich am schlimmsten. Die Strafe der Wähler kam prompt. Manche Auseinandersetzungen mussten sein, andere wiederum nicht; die hatten uns geschadet. Ich habe durchaus persönliche Erinnerungen an meine Mitstreiter aus F.D.P. Ost und LDP.

Natürlich waren wir auch nicht kleinlich bei der Auseinandersetzung mit den echten Blockflöten. Nur, heute, mit Abstand und gereifter Erkenntnis – ich war damals F.D.P.-Obmann in der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Geschichte – kann ich erklären,



dass man nicht eine ganze Blockpartei über einen Kamm scheren darf. Dort gab es sehr deutliche Unterschiede zwischen hauptamtlich Tätigen und Mitläufern und einem Großteil von Mitgliedern, dem die Dinge „oben“ egal waren. Außerdem haben nicht einmal die so genannten Blockflöten die SED zum Handeln angeleitet. Die SED hat sich selbst überschätzt und ist ganz allein handlungsunfähig geworden. Dazu brauchte man weder Flöten noch Pfeifen. Manche Blockflöte hat der SED durchaus den Marsch geblasen. Gerechtigkeit, wem Gerechtigkeit gebührt!

Nach der freien Wahl zur Volkskammer entstand aus den 5,2 Prozent eine 23-köpfige und zuletzt aus 24 Leuten bestehende Fraktion, die sich aus Deutscher Forum-Partei, F.D.P. Ost, LDP und NDPD zusammensetzte. Schließlich kam noch ein sympathischer und sympathisierender Überläufer aus der Bauernpartei hinzu. Unser einstimmig gewählter Fraktionschef, Rainer Ortleb, zog mit uns die Lehren aus den Kapriolen des Wahlkampfes. Wir schworen uns das Prinzip „Auseinandersetzung nach innen und Einigkeit nach außen“. Er verlangte diese Disziplin unter den gewählten Vertretern, manchmal täglich. Das war wichtig, weil man das den Liberalen sonst nicht zutraute.

Die letzte Volkskammer bedeutete vor allem Sacharbeit. Alle Gesetze aus der DDR waren – wie bekannt – unter dem Makel geboren, dass die Verfassung die Führungsrolle der SED strikt festschrieb. Es wäre zu wünschen, dass der verantwortungsvolle hektische Fleiß der letzten Volkskammer auf den Deutschen Bundestag übergreifen möge und dass man sich bei manchen Gesetzen schneller und pragmatischer auf eine gemeinsame Sprache verständigen könnte. Allerdings stand – wie bekannt – 1990 eher die unqualifizierte Beschimpfung durch die Medien und durch arrogante Zeitgenossen im Vordergrund, Stichwort „Laienspielergruppe“.

Eine dreistellige Zahl von verabschiedeten Gesetzen innerhalb eines halben Jahres ist die Leistung dieser Volkskammer. Wie anders schafft man es sonst, schnell und wirksam einen ungeliebten Staat abzuschaffen? Übrigens: Noch heute drohen ehemalige ausgeschiedene Kollegen scherzhaft – hoffentlich nur scherzhaft –, dass sie nur eines perfekt können, nämlich einen Staat einfach abzuschaffen, wenn er nicht ausreichend demokratisch ist; dies nur als Hinweis für Sammler und Beschaffer aller Art.

Diese Volkskammer hatte vom ersten Tag an sehr ernste Aufgaben. Die mit Zweidrittelmehrheit gewählte Koalition und der von ihr gestützte Ministerpräsident – nur in diesem Rahmen waren wir bereit mitzuwirken – hatten Handlungsfreiheit zu jeder Verfassungsänderung. Diese Handlungsfreiheit hat letztlich auch den Beitritt nach Art. 23 des Grundgesetzes ermöglicht, bei dessen Durchsetzung sich

die F.D.P.-Fraktion der Volkskammer – wie sie dann schon hieß – historisch einiges anrechnen kann. Ich erinnere nur, Herr de Maizière, an das Ränkespiel „Wer rief wen?“

Kein Tag in der Volkskammer war Alltag. Jedem, natürlich auch denen, die eigentlich keine Bundesrepublik mit dem Namen Deutschland wollten, war bewusst, dass die Geschichte durch den Palast der Republik bzw. die Volkskammer unwiderruflich durchatmen kann. Dafür mögen drei Tagesordnungspunkte Beweis sein: Die Währungsunion am 1. Juli 1990 hat aus Mark der DDR die Deutsche Mark gemacht. Wir glaubten, damit den 4 : 1-Spekulanten das Handwerk gelegt zu haben. Irrtum! Spekulationen waren dann auch anders möglich.

Der Einigungsvertrag – mit heißer Nadel genäht – weist noch heute Mängel auf. Der Deutsche Bundestag kann hier nachbessern, oder sollte ich sagen: lindern. Die Mütter und Väter des Vertrags haben heute keine Schuld mehr. Sie hat längst die Tagespolitik gefressen.

Der Beschluss zur deutschen Einheit vom 22./23. August 1990 ist für die meisten Dabeigewesenen einer der schönsten Augenblicke ihres Lebens gewesen. Warum haben wir es uns dann bei der Umsetzung nur so schwer gemacht?

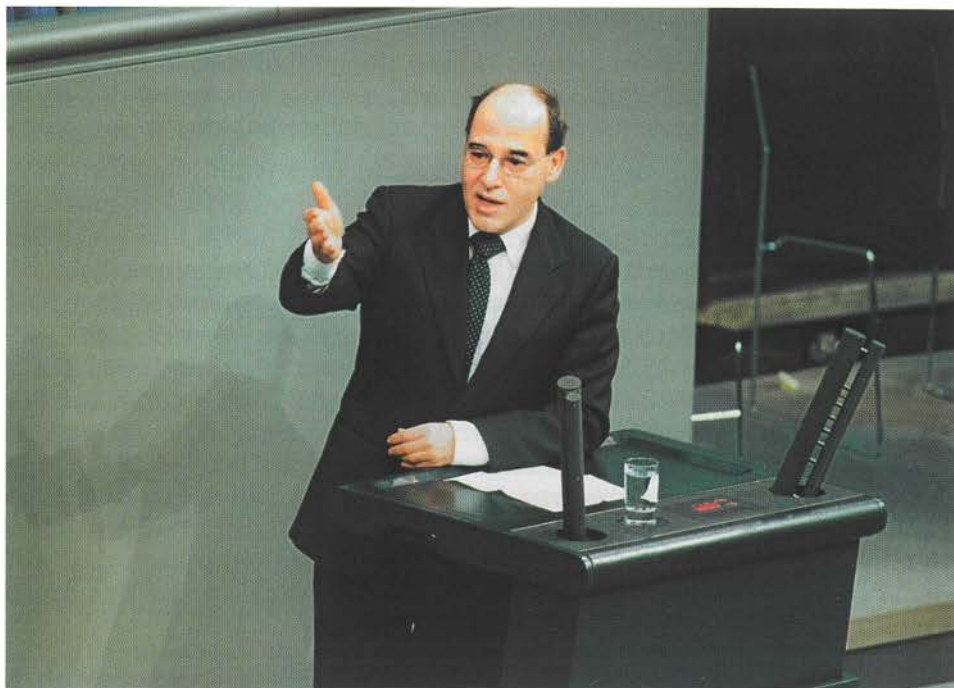
Für die liberale Fraktion in der Volkskammer stand am Ende die Erkenntnis, dass sich der kameradschaftliche, faire und ehrliche Zusammenhalt bei der Parteienvereinigung zur F.D.P. am 12. August 1990 ausgezahlt hat. Seit mehr als 100 Jahren war damit ein Ziel erreicht: Es gab und gibt nur eine geschlossene liberale Partei in Deutschland.

Der letzte Satz der letzten Rede unseres Fraktionschefs in der Volkskammer, Rainer Ortleb, am 3. Oktober 1990 lautete: Wir reisen heute Nacht alle aus, aber wir bleiben zu Hause. – Heute sage ich: Lieber Rainer, ich glaube, wir sind noch unterwegs.

Danke.

# Ansprache

## Dr. Gregor Gysi, MdB



Liebe Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundestages!  
Liebe Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen  
der ehemaligen Volkskammer!  
Verehrte Gäste!

Als ehemaliger DDR-Bürger – ich soll dies zwar nicht mehr sagen; das verstehe ich in gewisser Hinsicht; denn man spricht auch nicht vom „ehemaligen Mittelalter“; aber ich weiß ehrlich gesagt nicht, wie ich es sonst formulieren soll; ich hoffe, Sie ahnen, was ich meine – bin ich, was Jahrestage betrifft, etwas geschädigt. Ich bin froh, jetzt in einem Land zu sein, das Jahrestage zwar auch reichlich begeht, zum Glück aber nicht so bombastisch.

Ich dachte, es sei eine deutsche Mentalität, so viele Jahrestage zu begehen. Aber ich habe festgestellt, dass dies auch in anderen Ländern üb-

lich ist. Also muss es etwas mit einer menschlichen Eigenschaft zu tun haben. Das Angenehme ist, dass man dadurch gezwungen wird, sich zu erinnern. Plötzlich sieht man Videos über Vergangenes und stellt fest, was man alles schon einmal gesagt und wieder vergessen hat.

Einiges davon hätte man glatt bestritten, wenn man es nicht wieder sehen würde. Zum Teil ist man angenehm von sich selbst überrascht; zum Teil ist man unangenehm von sich überrascht. Beides gehört dazu, wenn man sich der Geschichte stellt.

Personen bringen hier in diesem Hause oft Symbolik zum Ausdruck. Ich war schon ein bisschen erstaunt, dass am 10. Jahrestag der Maueröffnung überwiegend Unbeteiligte gesprochen haben.

Es waren diejenigen, die in Bonn, Moskau und Washington die Ereignisse zweifellos mit Interesse zur Kenntnis genommen haben und die auch Rahmenbedingungen dafür geschaffen haben, dass es dazu kommen konnte. Unmittelbar beteiligt waren sie aber nicht. Diejenigen, die unmittelbar beteiligt waren, kamen eher nicht zu Wort. Damit meine ich die Personen, die die Ereignisse auf den Straßen, bei Demonstrationen, durch ihre Ausreise oder durch viele Geschehen, die es zuvor in Nachbarländern der DDR gegeben hat, erzwungen haben. Diejenigen, die die Maueröffnung unter diesem Druck verfügt hatten, standen vor Gericht. Daher waren es vor allem Unbeteiligte, die zu diesem Anlass sprachen, die aber mit dem Weltgeschehen in dieser Zeit eine Menge zu tun hatten. Deshalb bin ich dankbar, dass hier in vielen Reden auf die historischen Zusammenhänge und auf die Entwicklung in anderen Ländern hingewiesen wurde. Das muss ich nicht wiederholen.

Heute sprechen nur Ostdeutsche und vermitteln damit den Eindruck, als sei der Wahlkampf rein ostdeutscher Natur gewesen.

Das war er aber zweifellos nicht, wenn ich daran einmal erinnern darf. Das ist eine ganz interessante Geschichte, weil nämlich der zentrale runde Tisch mutig beschlossen hat: Westdeutsche Politiker dürfen im Wahlkampf nicht auftreten. Die einzige Partei, die dagegen stimmte, war die SPD. Da die Autorität des zentralen runden Tisches schon deutlich nachließ, sagte sich die SPD: Mehrheit hin, Mehrheit her, er hat sowieso keine formelle Kompetenz; wir machen das anders und stützen uns in erster Linie auf Willy Brandt, auf Hans-Jochen Vogel und – etwas abgeschwächer – auf Oskar Lafontaine.

Nachdem sich die SPD diesbezüglich entschieden hatte, sagte sich die Allianz für Deutschland: Was die können, können wir schon lange. Sie holten sich daraufhin in erster Linie Helmut Kohl. Der hat dann gerackert und hat in der gesamten DDR, rauf und runter, Wahlkampf gemacht.

– Dazu muss ich noch einen Satz sagen: Das war nur eine Tatsachenbeschreibung und keine Wertung.

Die Liberalen holten sich Herrn Genscher, Herrn Mischnick und noch viele andere. Das Bündnis 90 hatte es diesbezüglich schwer und die PDS keine Chance.

– Ich möchte Sie gleich beruhigen; denn das machte auch nichts.

Denn das Schöne an diesem Wahlkampf – es war der erste in der Geschichte der DDR überhaupt; Erfahrungen hatten wir damit nicht – war, dass es ein solches politisches Interesse der Bevölkerung gab, wie ich es vorher und nachher nie wieder erlebt habe. Damals gab es keine Busse, die aktive Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer zu Zelten und Veranstaltungsräumen brachten. Die Städte waren voll, wenn Willy Brandt, Helmut Kohl oder Herr Genscher sprachen. Auch bei uns war es nicht leer. Es kamen eine ganze Menge Menschen.

Auf diese Art und Weise herrschte eine höchst politische Stimmung, die uns alle zusätzlich animierte. Dennoch räume ich heute eines ein: Die einzige Partei, die den Wahlkampf für ihr Ergebnis, wenn man es nur daran messen würde, nicht gebraucht hätte, wäre die PDS gewesen. Dies war aus folgendem Grunde so: Zu denjenigen, die entschlossen waren, sie zu wählen, hätte man sagen können, was man wollte. Die Menschen hätten sie ohnehin gewählt. Zu denjenigen, die entschlossen waren, sie nicht zu wählen, hätten wir wiederum sagen können, was wir wollten. Sie hätten uns ohnehin nicht gewählt.

Insofern stand unser Ergebnis ziemlich fest. Aber trotzdem war es eine zumindest für mich sehr spannende und aufregende Zeit.

Ich finde interessant, dass das nicht so geblieben ist. Es gibt Untersuchungen, die eindeutig belegen, dass nicht wenige von denen, die damals zum Beispiel PDS gewählt haben, es heute nicht mehr tun. Zu meiner Beruhigung und zu Ihrem Entsetzen muss ich hinzufügen: Es gibt noch mehr, die es damals nicht getan haben und es heute tun.

Das heißt, es ist Bewegung in die festen Denkstrukturen der damaligen Zeit hineingekommen; diese haben sich, natürlich aufgrund der Erfahrungen, die danach eingetreten sind, aufgelöst.

Das Ergebnis war überhaupt nicht vorauszusehen. Mein Gott, was haben wir uns getäuscht und geirrt. Bis einen Tag vor der Wahl ging die SPD noch davon aus, dass sie die absolute Mehrheit erhalte.

– Oder noch mehr.

Ich weiß nur, dass alles ganz anders kam. Am Freitag vor der Wahl las ich mit gewissem Entsetzen in der „Bild“-Zeitung: 4 Prozent für die PDS. Schon aus ideologischen Gründen war ich natürlich geneigt, ihr kein Wort zu glauben. Ein wenig Angst hatte ich aber



doch, dass die es besser wüssten als ich. Am Ende kamen 16,4 Prozent heraus; man hatte einfach die 16 und das Komma vergessen. Das war für uns natürlich ein beruhigendes Ergebnis, das es uns ermöglichte, die Oppositionsrolle in der Volkskammer zu spielen.

Diese Volkskammerwahl hatte einen Sieger. Das war die Allianz für Deutschland. Alle Aufträge, die damit verbunden waren, wurden heute schon genannt. Ich muss das nicht wiederholen; das war einfach, ob es jemandem passte oder nicht, der Auftrag zur Herstellung der deutschen Einheit. Damit war noch keine Entscheidung hinsichtlich des Weges getroffen, also bezüglich Art. 23 oder Art. 146 des Grundgesetzes. Dieser Streit entbrannte ja danach noch leidenschaftlich. Von der Richtung her war es aber eine klare Entscheidung.

Es hat mir damals ein wenig wehgetan – während ich das sage, schaue ich niemanden speziell an –, dass diese Wahlentscheidung gleich ein wenig als eine Entscheidung in Richtung Banane, also etwas Materiellem, gedeutet wurde. Ich will auch sagen, warum ich so denke: Ich glaube, dass das in dieser Situation nicht fair war. Nach 40 Jahren DDR konnte es im Grunde genommen in der Bevölkerung kein wirkliches Selbstbewusstsein geben. Helmut Kohl bediente natürlich von seiner ganzen Statur her und von der Art, wie er auftrat – nehmen Sie das völlig wertneutral –, eine Haltung gemäß dem Motto: Ich mache das schon für euch. Sie wollten die Leute führen und die Leute wollten sich selber noch nicht führen, sondern noch etwas geführt werden. Meine Kritik daran geht mehr in folgende Richtung: Woher sollten sie denn nach 40 Jahren das Selbstvertrauen nehmen, sich selbst zu führen? Insofern war doch diese Entscheidung nachvollziehbar und verständlich. Ich freue mich wie Lothar de Maizière, dass heute das Selbstbewusstsein der Ostdeutschen viel weiter entwickelt ist als im Jahre 1990. Das ist ein Erfolg der politischen Entwicklung seit dieser Zeit.

Die damalige Regierungserklärung von Lothar de Maizière in der Volkskammer war bemerkenswert. Er hat da Sätze gesagt, die, wenn ich sie heute wiederholen würde, zumindest ein starkes Raunen hervorrufen würden. Zum Beispiel hat er der Regierung Modrow für ihre besonnene Politik in der Übergangszeit gedankt. Er hat mit Blick auf unsere Fraktion gesagt: Nicht nur die PDS hat in diesem Hause eine Geschichte, sondern auch andere Parteien. Das sind alles Sätze, die eigentlich selbstverständlich sind, aber die seitdem nie wieder gesagt wurden. Die Reaktion auf seine Regierungserklärung war daher auch von einer ziemlich breiten Zustimmung in der gesamten Volkskammer gekennzeichnet, was man ja bei Regierungserklärungen selten hat.

Ich möchte an eine weitere Besonderheit dieser Volkskammer erinnern: Nicht alle, auch nicht die wichtigsten, aber ganz viele Beschlüsse und Entscheidungen dieser Volkskammer wurden gemeinsam von allen Fraktionen getragen. Es gab damals auch überhaupt noch nicht den Hang, irgendeine Fraktion möglichst nicht zu beteiligen. Das wurde auch gar nicht als besonders sinnvoll angesehen. Es gab umgekehrt vielmehr ein Bemühen, zumindest bei wichtigen Entscheidungen – einige sind ja auch von Ihnen, Frau Bergmann-Pohl, genannt worden –, zum Beispiel bei der Erklärung zur gemeinsamen Verantwortung für die deutsche Geschichte, alle Fraktionen einzubeziehen. Das hatte durchaus Wirkung und vermittelte auch der DDR-Bevölkerung, dass es trotz des Aufeinanderstoßens von so unterschiedlichen Meinungen, die es zweifellos gab, und Leidenschaften doch auch eine ganze Menge Substanz an Gemeinsamkeiten gab. Das brachte man dann auch in Anträgen und im Abstimmungsverhalten zum Ausdruck. Das war, wie ich meine, keine schlechte Erfahrung aus der Zeit der Volkskammer.

Wenn ich die Gesetze und Beschlüsse, die damals gefasst wurden, lese, muss ich heute natürlich einräumen, dass wir auch eine Menge Unsinn verabschiedet haben. Das sollte man ehrlicher Weise auch einmal sagen. Einiges hatte sich schon überlebt, kurz nachdem es beschlossen worden war.

Auch juristisch hält bei näherer Betrachtung nicht alles stand.

Auf der anderen Seite hat die Volkskammer in diesen sechs Monaten eine Menge Beschlüsse und Gesetze mit hoher Qualität verabschiedet, und zwar inhaltlich, politisch, moralisch und letztlich auch juristisch. Das sollte man nicht vergessen; denn es waren fast alle keine Berufspolitikerinnen und Berufspolitiker. Das Wort „Laienspielhaus“, das uns auf süffisante Art treffen sollte, hat uns übrigens gar nicht so sonderlich getroffen. Ich frage mich vielmehr: Was bedeutet das? Es ist doch im Grunde genommen eine Bestätigung dafür, dass wir in gewisser Hinsicht in unser aller Unterschiedlichkeit tatsächlich so etwas wie Volksvertreterinnen und Volksvertreter und eben nicht Berufspolitikerinnen und Berufspolitiker waren.

Ich glaube, wir werden eine so hoch politisierte Zeit nicht mehr erleben. Stellen Sie sich einmal vor: Es gab Einschaltquoten von weit über 50 Prozent den ganzen Tag. Es wurde ohne Werbeblöcke einfach hintereinander ausgestrahlt.

Das schaffen wir im Bundestag nicht. Da können wir uns noch so viel Mühe geben.

Es hatte etwas mit dieser Authentizität, mit dieser Ursprünglichkeit und mit dem direkten Aufeinandertreffen von Argumenten zu tun.

Es hatte natürlich auch damit zu tun, dass alles, was wir beschlossen haben, unmittelbare Auswirkung auf die Lebenslage der Menschen hatte, dass die Erwartungen groß waren und dass das politische Interesse riesig war. Es hatte aber auch mit der Form zu tun. Ich habe nie so viel über Geschäftsordnungsanträge gemacht wie in der Volkskammer. Hier sind Geschäftsordnungsdebatten langweilig. Damals bedeuteten sie noch richtig Politik.

Das haben wir in gewisser Weise genossen.

Was die Atmosphäre betraf, möchte ich in diesem Zusammenhang auf einen wichtigen Punkt hinweisen: Diese Atmosphäre hat uns ein ganz bestimmtes Verantwortungsbewusstsein gegeben. Wir fühlten uns öffentlich kontrolliert wie nie zuvor und wie nie mehr nachher. Wenn heute die Volkskammer als „laienhaft“ bezeichnet wird, dann wünschte ich mir manchmal, dass wir das eine oder andere atmosphärisch hätten in den Bundestag hinüberretten können. Unsere Debatten wären lebendiger und vor allem wäre das Interesse an unseren Debatten größer. Das ist das, was wir brauchen, damit wir unter einer öffentlichen transparenten Kontrolle durch die Bevölkerung als Ganzes stehen. Das war damals gegeben.

Aber es gab noch einen anderen Unterschied, der sich ebenfalls auswirkte. Auf den möchte ich ganz kurz eingehen. Wissen Sie, was damals in der Volkskammer passiert ist? Wir haben versucht, uns zu überzeugen. Das war kein völlig sinnloser Vorgang – wirklich.

Herr Bundeskanzler, Sie können mir das glauben. Da sind Dinge passiert, die Sie als Fraktionsvorsitzender kaum aushalten. Alle 66 PDS-Abgeordneten haben zum Beispiel über den Entwurf eines Gesetzes der de-Maizière-Regierung beraten. Wir waren uns darin einig, dass wir ihn ablehnen. Ich bin auch heute noch der Meinung, zu Recht. Was passierte aber? In der Volkskammer redeten die Vertreter der Regierung und aller Fraktionen. Dann erfolgte die Abstimmung und ein Drittel der Abgeordneten meiner Fraktion stimmte zu.

Sie werden verstehen, dass ich deshalb ein bisschen sauer war, weil wir das nicht abgesprochen hatten. Wir hatten zwar keinen Abstimmungszwang, aber sie hätten es ankündigen können. Man will ja als Fraktionsvorsitzender darüber informiert sein. Ich habe dann zu ihnen gesagt: „Das finde ich, ehrlich gesagt, nicht besonders fair; ihr hättet wenigstens vorher sagen können, dass ihr anders abstimmen wollt.“ Sie sagten darauf: „Wir wollten erst wie verabredet abstimmen. Aber uns hat überzeugt, was de Maizière gesagt hat.“

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag, auf ein solches Erlebnis werden Sie in Ihrer Geschichte nicht verweisen können.

Damit es nicht so einseitig bleibt, möchte ich auch den umgekehrten Fall erwähnen. Die F.D.P. hatte, sehr mühsam durch Ortleb begründet, einen Antrag eingebracht. Ich habe dann erklärt, weshalb ich den Antrag für unzulässig halte. Daraufhin ging er nach vorne und nahm ihn zurück.

Ein ebenfalls undenkbarer Vorgang im Deutschen Bundestag.

Diese Art von Ursprünglichkeit meine ich. Man hörte nämlich richtig zu und man hat sich nicht nur überlegt: Was sage ich jetzt, um nach außen eine Wirkung zu erzielen? Eine Wirkung im Saal zu erzielen ist ja eh sinnlos, weil schon feststeht, wie alle abstimmen. – Das machte den Charakter der Volkskammer aus. Es haben deshalb alle zugehört, weil völlig offen war, wie am Schluss die Abstimmung ausgeht; denn alle haben miteinander gestritten und versucht, andere Mehrheitsverhältnisse herzustellen.

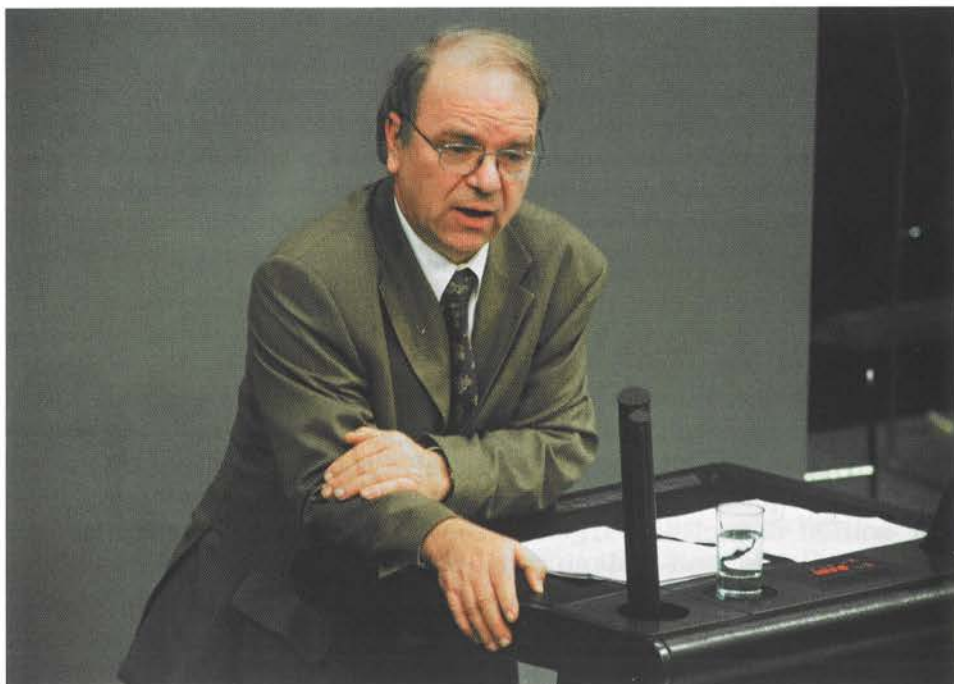
Dann begannen die Fraktionen aus dem Deutschen Bundestag langsam ihren Einfluss auszuüben. In dem Maße nahm die Ursprünglichkeit ab. Aber dennoch sage ich: Das war eine spannende Zeit und eine Herausforderung. Man konnte um die Mehrheit im Saal noch kämpfen. Es lohnte sich auch, darum zu kämpfen, weil man gelegentlich damit Erfolg hatte.

Deshalb lassen Sie mich mit folgenden Worten schließen: Diese sechs Monate Volkskammer waren ein Stück gute deutsche Geschichte. Wir sollten darauf alle irgendwie stolz sein. Es hatte etwas sehr Ursprüngliches und Volkstümliches, aber auch etwas sehr Politisches und Weises, was dort in den verschiedenen Facetten geschehen ist. Das gilt nicht für jede Einzelentscheidung, aber es gilt für ihr Wirken insgesamt.

Vor einer Aufgabe bleiben wir heute noch stehen. Aus sehr unterschiedlichen Motiven sollten wir dennoch ein gemeinsames Interesse daran haben, nämlich an der Herstellung der inneren Einheit Deutschlands, um unseren Beitrag zur europäischen Integration leisten zu können.

Danke schön.

# Ansprache Prof. Dr. Richard Schröder



Herr Bundestagspräsident!  
Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Ein Parlament von Laienspielern, das antrat, um sich selbst abzuschaffen, das ist offenbar der Konsens als die passendste Charakterisierung der Volkskammer unter uns allen.

Zu dem Stichwort „Laienspieler“ will ich noch einmal daran erinnern, dass es nicht freundlich gemeint war. Es kam von jemandem aus ziemlich südlichen Bereichen. Der Spruch lautete genauer so: Die Bundesrepublik solle ihre Transfers in die DDR einstellen, bis die Laienspieler in ihren erlernten Beruf zurückgekehrt seien. Ein kurz-sichtiger Rat; denn sonst hätten Sie Wolfgang Thierse und auch Angela Merkel nicht unter sich.



An Politprofis bestand in der DDR kein Mangel. So war es nicht. Aber denen wollten die Laienspieler das Feld nicht überlassen.

Deshalb haben sie ohne Erfahrung mit Öffentlichkeit, ohne parlamentarische Erfahrung und zunächst ohne Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz aufgegeben und sich in das Abenteuer der Politik gestürzt, während sich die Mitbürger damit befassen, sich in den neuen Verhältnisse einzurichten.

Zur Erinnerung: Bis 1989 hat die Volkskammer jährlich zweimal getagt. In 40 Jahren waren ein einziges Mal Gegenstimmen zugelassen, nämlich bei der Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs. Das Mandat war bloß ein Ehrenamt, wenn man das eine Ehre nennen will. Im Volkskammergebäude gab es deshalb überhaupt keine Abgeordnetenbüros, sondern nur ein paar kleine Zimmerchen für die Fraktionen.

Am 1. April 1990 wurde dann den echten Abgeordneten für ihr Büro das Gebäude des ZK der SED zur besseren Verwendung zur Verfügung gestellt und zum Haus der Parlamentarier geadelt.

Wir haben in einem halben Jahr 38 Sitzungen absolviert. Die alte Volkskammer hätte dafür 19 Jahre gebraucht.

Die Lernleistung dieses Parlaments war enorm. Das Arbeitspensum ging oft bis über die Grenze der Belastbarkeit. Es war ein Parlament von Laienspielern, aber auch eine Schule der Demokratie. Viele Abgeordnete haben nach dem Ende der Volkskammer ihre Arbeit in den Landtagen fortgesetzt. Eine lebendige Demokratie braucht immer auch Laienspieler oder, wie man sagen könnte, Seiteneinsteiger, damit die Politik nicht zur Sache einer abgehobenen Klasse verkommt.

Die Lernleistung in Sachen Demokratie, die 1990 übrigens auch in den landesweit gewählten neuen Kommunalparlamenten zu leisten war, wird weder in Ost noch West hinreichend gewürdigt. Es war ein Parlament, das sich selbst abschaffen wollte. Manche wollten gleich bei der ersten Sitzung den Beitritt beschließen. Das Parlament war klüger. Es begann seine Arbeit in der zweiten Sitzung mit den Erklärungen zur deutschen Schuld an den Juden und an den östlichen Nachbarvölkern, bat um Entschuldigung für die Teilnahme der DDR an der Niederschlagung des Prager Frühlings und für ihre diskriminierende Politik gegenüber dem Staat Israel.

Wir haben den Beitrittsbeschluss bis zum Abschluss der Verträge – Einigungsvertrag, Zwei-plus-Vier-Vertrag – hinausgezögert, weil wir die deutsche Einheit nicht als Sturzgeburt wollten. So schnell wie möglich und so gut wie nötig, das war der Grundsatz, den Lothar de Maizière in seiner Regierungserklärung genannt hatte. Er hat nicht gesagt: „so gut wie möglich“. Das hätte nämlich „nie“ heißen können;

denn das Tempo in der Bewältigung von Neuigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland haben wir inzwischen studieren können.

„So schnell wie möglich“: Zu dieser Art von Eile bestand allerdings Anlass. Niemand konnte wissen, wie lange Michail Gorbatschow in der Sowjetunion das Sagen hatte. Die DDR war 1990 keine grüne Wiese, auf der man Schlösser bauen konnte, sondern ein torkelndes Staatsschiff, das wir mit Mühe in den Hafen bekommen haben. Ohne Beitritt stünden wir nicht besser da. Unsere östlichen Nachbarn haben für den Ausstieg aus Diktatur und Planwirtschaft die größeren Opfer bringen müssen bei besserer Stimmung. Merkwürdig.

Der Wunsch nach der deutschen Einheit kam aus dem Osten. Er kam von unten. Zuerst ist er in Plauen, in Sachsen, öffentlich ausgesprochen worden, und zwar vor dem Fall der Mauer. Die Volkskammerwahl vom 18. März 1990 war natürlich eine Abstimmung für die deutsche Einheit. Die Ostdeutschen haben sie gewollt. Das war der wichtigste Wählerauftrag, und die Volkskammer hat ihn erfüllt.

Es sind nicht alle im Osten mit dem Gang der deutschen Einigung zufrieden. Ich frage mich manchmal, ob es neben der oft besprochenen Unfähigkeit zu trauern vielleicht auch eine Unfähigkeit sich zu freuen gibt.

Wenn ich nach der deutschen Einheit gefragt werde, lautet immer die erste Frage: Was ist schief gelaufen? Ich frage mich manchmal, ob vielleicht manches auch gut gelaufen sein könnte. Das ist doch offensichtlich denkbar.

Gewiss, bestimmte DDR-Freuden der Nischengesellschaft und Mangelwirtschaft, wie den glücklichen Erwerb eines Trabant-Auspuffs durch nachbarschaftliche Beziehungen, haben wir heute nicht mehr. Westpakete zu Weihnachten haben wir übrigens auch nicht mehr, für die man auch einmal danken muss.

Aber man kann nicht die Mauer wegreißen und das Echo stehen lassen.

Die kleinen Vorteile im Schatten des großen Nachteils haben wir eingetauscht gegen die kleineren Nachteile, die sich mit dem großen Vorteil verbinden. Der größte Gewinn ist für mich – das will ich hier einmal sagen – die Freiheit von der Angst, doch noch einmal aus politischen Gründen im Knast zu landen. Die Angst war berechtigt. Wie wir hinterher erfahren haben, hatte die Stasi für den Krisenfall Internierungslager mit Namenslisten vorbereitet.

An zweiter Stelle nenne ich die Freiheit von der Besorgnis, dass meine Kinder die falsche Weltanschauung ihrer Eltern ausbaden müssen.

Ich will aber auch an diejenigen erinnern, denen das Ende der DDR, das die Volkskammer beschlossen hat, einen Zusammenbruch ihrer Welt gebracht hat. Mit dem Ende einer Diktatur enden auch die Privilegien der Diktatur. Das kann ich nicht bedauern. Die Last, nicht Recht gehabt zu haben, kann den ehemals Privilegierten niemand abnehmen. Dass sich manche dieser Einsicht verschließen, müssen wir hinnehmen. Gegen Unbelehrbarkeit ist kein Kraut gewachsen. Ich wünsche mir aber mehr Respekt vor denjenigen, die den bitteren Weg der Inventur ihrer Illusion auch gegangen sind.

Es ist ungeheuer schwer, sich und anderen sagen zu müssen, dass man nicht nur in dieser oder jener Sache, sondern prinzipiell auf dem Irrweg war. Dietmar Keller, PDS, Kulturminister in der Regierung Modrow, und Günter Schabowski, aus der PDS ausgeschlossen und derzeit inhaftiert, haben dieses Schwere hinter sich gebracht und haben dafür meinen Respekt.

Ich fürchte, dass die erschreckende rechtsradikale Gewaltbereitschaft einer sehr wirksamen Minderheit von Jugendlichen in den neuen Bundesländern viel damit zu tun hat, dass Erwachsene dieses Schwere im Hinblick auf ihre DDR-Biografie nicht hinter sich gebracht haben. Sie sind ressentimentgeladen. Sie fordern gewiss nicht zur Gewalt auf, aber sie sind, selbst desorientiert, nicht in der Lage und auch nicht willens, Orientierung anzubieten und einzufordern. Es gibt einen eklatanten Mangel an Zivilität und Zivilcourage. Umso wichtiger ist es, dass es Menschen gibt, die sich diesen Problemen vor Ort und im Gespräch mit solchen Jugendlichen direkt stellen. Ich nenne hier mit viel Respekt Frau Kahane und Herrn Wagner.

Was ist auf dem Weg zur deutschen Einheit falsch gelaufen? Eine gewisse Fehlerquote gibt es bei Nullserien immer.

Die grundsätzlichen Beschlüsse der Volkskammer halte ich nach wie vor für richtig; aber ich sehe drei Fehler: Erstens. Es war ein Fehler, dass der Aufruf zu einer großen gemeinsamen Anstrengung für die deutsche Einheit unterblieben ist.

Im vereinigten Deutschland war und ist mehr Solidarität abrufbar als jener Solidaritätsbeitrag, der übrigens, wie manche noch nicht begriffen haben, auch im Osten gezahlt wird.

Klare Worte hätten uns die Muffeligkeit erspart, die den gewaltigen Ost-West-Transfer, der ja stattfindet, in Ost und West begleitet.

Zweitens. Die Aufgabe politischer Bildung in den östlichen Bundesländern ist weit unterschätzt worden. 1990 war die ostdeutsche Bevölkerung geradezu informationsbesessen: „Erklärt uns das doch mal mit der Demokratie und Marktwirtschaft!“ Nicht jeder Westdeutsche war dazu in der Lage: „Wir machen das eben so.“

Da dieses Bedürfnis nur wenig befriedigt worden ist, haben sich viele ihren eigenen, teils recht holprigen Reim auf das Neue gemacht. Die östlichen Tageszeitungen, durchweg die alten SED-Bezirksblätter, haben in der Anfangszeit zur politischen Bildung wenig oder nichts beigetragen. Ost und West sind sich in vielem näher und ähnlicher, als die Nabelschauer glauben machen wollen. In der Beurteilung der politischen Parteien – sozusagen was das Assoziationsfeld der Parteien betrifft – sind Ost und West nach wie vor zwei Welten. Trotzdem ist die deutsche Einigung weiter vorangeschritten als die italienische, hat kürzlich ein Italiener gesagt.

Drittens. 1990 saß in den westlichen Fachministerien die Fachkenntnis – das ist unbeschritten –, aber die Feldkenntnis musste aus dem Osten kommen. Beide sind nur unzureichend vereinigt worden. Dafür ist viel Lehrgeld gezahlt worden in Gestalt von Novellen zur Novelle eines Gesetzes und in Gestalt des erhobenen Zeigefingers des Verfassungsgerichtes. Das alles ist mit Sicherheit noch nicht zu Ende.

Das sind die Fehler. Jetzt kommen die Mythen, die es nämlich auch gibt: Erstens. Es ist ein Mythos, dass die Treuhandanstalt die DDR-Wirtschaft ruiniert habe.

In Wahrheit hat sie den Offenbarungseid der DDR-Wirtschaft ans Licht gebracht, der vor allem wegen der Währungsunion so ausfallen musste, die aber bei offenen Grenzen unvermeidbar war. Die Treuhandanstalt war auch keine hinterhältige Erfindung des Westens, sondern wurde am 1. März 1990 von der Regierung Modrow gegründet.

Detlev Carsten Rohwedder ist von der Regierung de Maizière zum Chef der Treuhandanstalt berufen worden. Ich habe ihn gekannt. Er stammte aus Thüringen. Er hat gewusst, dass er die schwierigste Aufgabe der deutschen Einheit übernimmt. Er hat sie mit dem Tode bezahlt. Der feige Mord an Rohwedder ist nicht aufgeklärt. Sollten die Mörder gedacht haben, ihr Verbrechen würde klammheimliche Freude auslösen oder gar zum Fanal werden, so sind sie zum Glück vollkommen enttäuscht worden. Der Mord hat bei den einen Entsetzen, bei den anderen immerhin Betretenheit ausgelöst. Schließlich waren die Illusionen über die DDR-Wirtschaft im Westen größer als im Osten, wie man durch DDR-Witze beweisen kann.

Zweitens. Es ist ein Mythos, die damalige Bundesregierung habe aus Eigennutz die Bodenreform nicht rückgängig gemacht. In der Erklärung der beiden deutschen Regierungen vom 15. Juni 1990 zur Eigentumsfrage heißt es:

Die Enteignungen auf besetzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage 1945 bis 1949 sind nicht mehr rückgängig zu machen. Die Regierungen der Sowjetunion und der DDR sehen

keine Möglichkeit, die damals getroffenen Maßnahmen zu revidieren. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nimmt dies im Hinblick auf die historische Entwicklung zur Kenntnis. Sie ist der Auffassung, dass einem künftigen gesamtdeutschen Parlament eine abschließende Entscheidung über etwaige staatliche Ausgleichsleistungen vorbehalten bleiben muss.

Es heißt hier übrigens nicht „Entschädigungen“.

Die Sowjetunion hat im letzten Gang der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen darauf bestanden, dass die Bundesrepublik sich darauf verpflichtet, keine Gesetze zu erlassen, die dieser Erklärung widersprechen. Wer also in dieser Sache Prügel verteilen möchte, muss gerechterweise die damalige Bundesregierung ausnehmen.

Die Volkskammer war quer durch die Parteien der Auffassung, dass eine Revision der Bodenreform unzumutbar ist und im schlimmsten Fall gewichtige Teile der Bevölkerung gegen die deutsche Einigung hätte aufbringen können. Nun kann man natürlich der Meinung sein, dass wir uns geirrt hätten.

Aber wir haben es so gesehen. Ich selber halte die Einschätzung von damals nach wie vor nicht für ungerechtfertigt.

Die Sowjetunion hat in einem Aide-mémoire vom 28. April 1990 der Regierung de Maizière erklärt:

Die Rechtmäßigkeit dieser Beschlüsse,

– der Besatzungsmächte –

insbesondere zu den Vermögens- und Bodenfragen, unterliegt keiner Neuüberprüfung oder Neubewertung durch die deutschen Gerichte oder andere deutsche Staatsorgane.

Wenn sich Herr Gorbatschow daran nicht erinnert, tut das nichts zur Sache. Es ist allerdings versäumt worden, den Opfern der Bodenreform, die eindeutig Unrecht war, zu erklären, dass ihnen ein schwerwiegendes Opfer für die deutsche Einheit abverlangt wird, ein Opfer allerdings, das sie auch ohne deutsche Einheit hätten erbringen müssen.

Der dritte Mythos heißt „Siegerjustiz“. Zu keinem Zeitpunkt waren so viele SED-Funktionäre inhaftiert wie vor dem 18. März 1990, inhaftiert durch die SED-Justiz. Vor dem 18. März 1990 hat die SED-Justiz 56 Verfahren wegen Wahlfälschung eröffnet, im Januar 1990 mit den Ermittlungen wegen der Mauertoten begonnen – nichts vergessen! – und gegen Honecker erst wegen Hochverrats und dann wegen „Vertrauensbruchs“ ermittelt.

Das alles lief – mindestens zum Teil – unter dem Motto „Die SED erneuert sich“ und roch nach Bauernopfer. Der Verfassungsausschuss



der frei gewählten Volkskammer hat einer Verfassungsbeschwerde des Anwalts von Honecker gegen diese Klagebegründung stattgegeben. Im Übrigen hat die Volkskammer statt einer aktionistischen Verfahrenslut korrekte rechtsstaatliche Verfahren eingefordert und eine Justizreform betrieben, die aber wegen der Kürze der Zeit und wegen des Mangels an geeigneten Juristen nicht zu Ende kam. Die strafrechtliche Aufarbeitung des Unrechts im Windschatten der Diktatur hat sich die gesamtdeutsche Justiz weder angemaßt noch ausgesucht, sondern die Volkskammer hat sie ihr übertragen.

Mitte 1990 wurde übrigens kolportiert, führende Stasileute seien für einen schnellen Beitritt zur Bundesrepublik, weil der bundesdeutsche Rechtsstaat ihnen mehr Rechtssicherheit gebe als die unberechenbaren Oppositionellen.

Man merkt: Sie waren nicht die Dümmersten.

Ich plädiere aber dafür, im zehnten Jahr der deutschen Einigung die Möglichkeiten des Begnadigungsrechtes auszuloten.

Die Arbeit der Volkskammer endete am 3. Oktober. Der 3. Oktober, sagen manche, sei zum Feiern ungeeignet, weil das bloß ein bürokratischer Akt gewesen sei. Ich sehe das anders. Gewiss kann man auch das erste Rendezvous, die Maueröffnung, jährlich feiern. Aber ernsthaft wird jede Beziehung erst, wenn sie Verbindlichkeiten stiftet. Dann beginnt das, was man heute Beziehungsarbeit nennt. Die hat die frei gewählte Volkskammer in Angriff genommen; abgeschlossen ist sie nie.

Ich bitte die Ostdeutschen, ihre frei gewählte Volkskammer angemessen zu würdigen. Sie können ein bisschen stolz darauf sein. Die Westdeutschen bitte ich, den Ostdeutschen diesen Stolz zu lassen.

Ich danke Ihnen.

# Ansprache des Staatsministers Dr. Hans Geisler



Herr Präsident!  
Sehr verehrte Gäste!  
Sehr geehrte Abgeordnete!  
Liebe Kolleginnen und Kollegen der Volkskammer!

Auch ich möchte mich bedanken, dass ich heute hier zu Ihnen über diese Zeit sprechen kann.

Im Bewusstsein der Bevölkerung ist er nicht, dieser 18. März 1990. Er hat auch nicht die Bedeutung des 9. Novembers. Aber dieser 18. März war es, der unserem Land die Würde wieder geschenkt, der unsere neue Ordnung konstituiert und den Grundstein für die Einheit unseres Vaterlandes gelegt hat. Wir könnten ihn ausgiebig feiern – wenn wir nur könnten. Treffend notiert Günter de Bruyn: „Die Nation hat schlechte Laune. Sie ist vereint, aber nicht glücklich.“

Menschen mit großen Erwartungen haben enttäuscht werden müssen, weil man von Alltagssorgen und Marktwirtschaft nichts wusste. Dann die Überforderung durch Neuheit und Freiheit. Dann die anderen Verhältnisse: am selben Ort das andere Geld – sehnlichst erwünscht. Aber: andere Werte, andere Gesetze, sogar andere Zeitungs- und Behördensprachen.

Mancher fühlte: Aus einer bevormundeten Sicherheit war man in eine risikoreiche Selbstverantwortung entlassen worden. Ich frage: entlassen worden? War es damals wirklich so, dass wir an diesem 18. März 1990 entlassen wurden? War es der Tag unserer Entlassung? Richtig ist: Selbstverantwortung wurde uns zurückgegeben. Der 18. März 1990 ist der Tag der Entlassung der SED. Sie wurde aus der Amtsanmaßung entlassen.

Wir, das Volk, haben die alte DDR-Nomenklatur aus ihren Ämtern entlassen und wir haben ihr Unterdrückungssystem endgültig abgeschafft.

Nach 40-jähriger wahrheitswidriger Bezeichnung „Deutsche Demokratische Republik“ haben wir, die Menschen in Ostdeutschland, die Chance ergriffen und unserem Staat damals Würde und Echtheit verliehen – erstmals. Wir haben der Volkskammer, unserem Parlament, erstmals ermöglicht, das zu sein, was ihr Name besagt: Kammer des Volkes. Darauf dürfen wir genauso stolz sein, wie wir auf diejenigen stolz sind, die am 17. Juni 1953 mit dem Ruf nach Freiheit durch Berlin zum Brandenburger Tor und durch viele andere Städte in der DDR gezogen sind.

Der Volksaufstand damals wurde blutig niedergeschlagen. 36 Jahre später herrschte in Moskau nicht mehr Stalin; sondern regierte Gorbatschow. In der DDR hatten sich Bürgerinnen und Bürger an vielen Orten und in vielen Gesprächskreisen bereits ein Jahrzehnt lang in Friedensseminaren, in Friedensgebeten und auch in mannigfaltigen Formen des Widerstandes engagiert, zivilen Ungehorsam gelebt. Das war aus heutiger Sicht die Vorbereitung auf die Montagsdemonstrationen, auf den Fall der Mauer und auf den 18. März.

Zwar bleibt die Friedlichkeit der Revolution ein Wunder, aber wir waren vorbereitet und standen nicht sprachlos da. Vielmehr konnten wir das Wunder annehmen und unseren Staat umgestalten. Wie zügig dies mitunter geschah, ist heute hier schon häufig gesagt worden. Ich will ein Beispiel nennen: Bei der Vorbereitung der konstituierenden Sitzung der frei gewählten Volkskammer mussten wir entscheiden, dass wir eben keinen Vorsitzenden des Verteidigungsrates mehr wählen wollten; deswegen mussten wir erst nicht nur den dieses Amt betreffenden Artikel, sondern auch einige andere Artikel der Verfassung streichen, bevor wir weiter handeln konnten.

Der 18. März 1990 mit unserem Bekenntnis zur frei gewählten Volkskammer und zu einer wirklich demokratischen Regierung bedeutete zugleich die Übernahme von Verantwortung. Er bedeutete Zustimmung zu schwierigen Gestaltungsaufgaben in einer offenen Gesellschaft. Das war ein klares Ja zu dem, was Günter de Bruyn „risikoreiche Selbstverantwortung“ nennt. Es war eine entschiedene Absage an die „bevormundete Sicherheit“, die wir satt hatten.

Meine Damen, meine Herren, wer nach dem 9. November 1989 den radikalen Neubeginn wollte, musste die Chance nutzen. Den demokratischen Aufbruch haben wir alle erstrebt. Für meine damalige Partei haben wir ihn sogar als Namen gewählt. Eigentlich hätten wir zur Formulierung unserer Ziele viel mehr Zeit benötigt; auch das ist heute schon vielfältig reflektiert worden. Aber die Chance der Erneuerung war da und sie musste genutzt werden.

Wir traten gegen das ganze alte Herrschaftssystem an. Wir waren über die Rolle der Blockparteien verunsichert, die die SED und ihr System der Nationalen Front fast 40 Jahre lang gestützt hatten. Daher kämpften wir Neuen energisch um eine parlamentarische Mehrheit für unser jeweiliges Programm. Bei der Vielfalt der Visionen hinsichtlich der notwendigen politischen Erneuerungen zeigte sich aber bald, dass die Menschen mehrheitlich die parlamentarische Demokratie und das Grundgesetz der Bundesrepublik als politische Grundorientierung auch für Ostdeutschland ansahen. Jedenfalls hat die parlamentarische Demokratie mit der Wahl am 18. März 1990 einen grandiosen Sieg errungen. Das war das wichtigste Wahlergebnis, der Beginn einer wirklich demokratischen DDR.

Weniger als sieben Monate war die DDR demokratisch regiert. Parlament und Regierung mussten ein enorm großes Arbeitspensum bewältigen. Die Arbeit war in den Abläufen so dicht, dass die normale parlamentarische Arbeit eines Monats in einer Woche zu bewältigen war.

Warum war damals so große Eile im Hinblick auf das politische Handeln geboten? Ich rufe einige Aspekte in Erinnerung: Der nicht abreißende Flüchtlingsstrom seit der Öffnung des Eisernen Vorhanges an der österreichisch-ungarischen Grenze, der Städte und Dörfer entvölkerte, die immer lauter werdenden Rufe „Kommt die D-Mark nicht zu uns, kommen wir zur D-Mark!“ – an diesen Ruf wurde heute schon erinnert – und die unsichere Lage in der Sowjetunion, deren Soldaten in der DDR stationiert waren, ließen keine Zeit für langes Beraten.

Zur schnellen Verwirklichung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion gab es trotz der ernst zu nehmenden fachlichen Bedenken keine wirkliche Alternative. Ziel war es, eine tragfähige Grundlage für ein möglichst gerechtes Zusammenwachsen aller Bürgerinnen

und Bürger in einem geeinten Deutschland zu schaffen. Wir sind dankbar, dass wir den Bankrott der DDR nicht wirklich ein halbes oder ein ganzes Jahr haben erleben müssen – mit all den Zusammenbrüchen und ohne Sicherung im Bereich der Rente und der medizinischen Versorgung.

Dabei kam es für uns darauf an, die Anliegen der ostdeutschen Bevölkerung entschieden zu vertreten. Wir haben viel erreicht. In Ostdeutschland wurden über Nacht eine stabile soziale Sicherung und bessere Verhältnisse aufgebaut. Ich rufe einige Veränderungen in Erinnerung, und zwar gerade die Dinge, die uns damals und heute durchaus zufrieden und froh sein lassen können: eine generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit von  $43 \frac{3}{4}$  auf 40 Stunden – daran denkt heute kaum noch jemand –, die Anhebung der Mindestrenten zum 1. Juli 1990 von 330 Mark auf 495 DM – es war eine ganz wesentliche Anpassung an unsere Verhältnisse, dass man den betroffenen Menschen diese Erhöhung um 165 DM nicht über das umständliche Sozialhilferecht, sondern über die Mindestrente zur Verfügung stellte –, die Einführung der gegliederten Sozialversicherung ab 1991 mit all den Vorteilen einer guten medizinischen Versorgung, die vielfältigen Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung und der dynamischen Rente sowie die Einführung der Kriegsopferversorgung, womit eine 45-jährige Ungerechtigkeitsphase beendet worden ist. – Noch ein Hinweis zur Rentenversicherung: Die Durchschnittsrente von 493 Mark am 30. Juni 1990 lag ab 1. Juli 1990 bei 654 DM und ein Jahr später bei 864 DM.

Meine Damen und Herren, bei der jetzigen Debatte über die Neustrukturierung der Rente sollte man sich immer in Erinnerung rufen, dass 1990 das Durchschnittseinkommen eines Rentnerhaushaltes in der DDR bei 37 Prozent des Durchschnittseinkommens eines Erwerbstätigenhaushaltes lag. Aus diesen 37 Prozent sind schon Anfang 1991 58 Prozent geworden.

Ich nenne weiterhin den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, der bei uns gesichert werden konnte, noch bevor er in ganz Deutschland eingeführt wurde. Der Bund hatte sich verpflichtet, bis Mitte 1991 die dafür anfallenden Kosten zu übernehmen. Damit wurde den Berufs- und Lebensbiografien der ostdeutschen Mütter entsprochen, die mit den Gegebenheiten und Bedürfnissen in den alten Bundesländern nicht vergleichbar waren. Kinder- und Erziehungsgeld wurden bei uns ohne Abschlag, also in gleicher Höhe wie in der alten Bundesrepublik, eingeführt.

Aber im Besonderen möchte ich an etwas anderes erinnern, nämlich an die segensreiche Wirkung des neuen Rechts für die Behinderten. Die Kategorien „bildungsunfähig“ und „förderunfähig“ wurden mit



der Einheit Deutschlands abgeschafft, also die Klassen in einer klassenlosen Gesellschaft, die besonders menschenunwürdig lebten. Das Sofortprogramm der Bundesregierung zur Verbesserung der ambulanten Versorgung älterer und behinderter Menschen in der DDR hat dies ermöglicht.

Mit besonderer Sensibilität mussten die Fragen des wirksamen Schutzes des ungeborenen Lebens und des Schwangerschaftsabbruches behandelt werden. Der Einigungsvertrag legte hierzu fest, es sei Aufgabe des gesamtdeutschen Gesetzgebers, eine Regelung zu treffen, die insbesondere Beratung und soziale Hilfen besser gewährleistet, als dies damals in beiden Teilen Deutschlands der Fall war. Dies war – wie manch andere – eine Aufgabe, die der gesamtdeutsche Gesetzgeber sehr wohl erfüllt hat. In diesem Zusammenhang nenne ich beispielsweise die Sonderprogramme für den Aufbau der Krankenhäuser und der Pflege- und Altenheime und die entsprechenden Gesetze. Ich denke, damit ist der gesamtdeutsche Gesetzgeber den Aufgaben, die im Einigungsvertrag verankert sind, in erheblichem Maße nachgekommen.

Es gibt natürlich auch Regelungen, die schmerzhaft sind – das ist heute schon gesagt worden –, die den Prozess der inneren Einigung erschwert und die Entwicklung verzögert haben. Ich denke dabei an den Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“.

Aber im Ganzen gesehen können wir sagen, dass dieses gewaltige Einigungswerk, das mit den freien Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 begann, etwas ist, was in der Welt bisher noch nie vorgekommen ist. Die Leistungen der frei gewählten Volkskammer und der demokratischen Regierung sind ohne Beispiel. Daran dürfen wir uns heute ebenso dankbar erinnern wie an die Fairness der Bundesregierung, das Gemeinschaftswerk Aufbau Ost und den Solidarpakt. Diese Zeit wird mit den Namen Lothar de Maizière und Wolfgang Schäuble, mit den Namen Helmut Kohl und Günther Krause dauerhaft verbunden bleiben.

Meine Damen und Herren, ich lasse diesen Tag nicht vergehen, ohne daran zu erinnern, dass manche von denen, die den Weg damals mit uns gegangen sind, heute nicht mehr leben. Ich danke Richard Schröder dafür, dass er schon an Detlev Rohwedder erinnert hat.

Ich möchte für die Volkskammerabgeordneten stellvertretend Ilse Nierad vom Bündnis 90 und aus dem Bereich der Verwaltung der Bundesregierung den Staatssekretär Chory nennen. Sie haben uns damals in unvergleichlicher Weise geholfen, den Einigungsvertrag zu formulieren. Ich schätze dies bis heute und halte es für eine außergewöhnliche Leistung.

Meine Damen und Herren, wir erinnern uns in Dankbarkeit an die Zeit vor zehn Jahren. Vertreiben wir die schlechte Laune, die Günter de Bruyn diagnostiziert hat! Erkennen wir in der dankbaren Erinnerung zugleich den Auftrag, verantwortlich an dem weiterzubauen, was damals so segensreich begonnen wurde!

Ich danke Ihnen.



Sitzung der frei gewählten Volkskammer

# Buchpräsentation und Ausstellung

# Bundestagspräsident Wolfgang Thierse



Meine Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
lieber Richard,  
lieber Hans,

wenn ich mich erinnere, wie das zur DDR-Zeiten mit der Produktion von Büchern war und welche Zeit das gekostet hat, zwei, drei Jahre, die Zensurbehörden dazwischen, der endlose Kampf um Papier usw., dann ist das schon ein rasanter Vorgang, innerhalb von wenigen Wochen ein Buch zu produzieren. Wir haben eben im Deutschen Bundestag die erste freie Volkskammerwahl und die Leistung der Volkskammer gewürdigt. Ich muss das nicht wiederholen. Ich will nur sagen: Eines der Motive, das bei allen Rednern vorkam, war das Stichwort „Laienspielerschar“. Aus dem Umstand,

dass das alle erwähnt haben, ziehe ich den Schluss, dass uns Abgeordnete der frei gewählten Volkskammer dieser Vorwurf getroffen hat und dass wir nur allmählich eine bestimmte Art von Selbstbewusstsein daraus gewonnen haben. Denn natürlich – hier kann ich ruhig den Namen desjenigen aussprechen, der es uns entgegengeschleudert hat, das war der damalige bayerische Ministerpräsident Streibl war das nicht freundlich gemeint. Es war aber schon vorher in Schwange. Dagegen will ich in Erinnerung rufen, dass diese sechs Monate wahrscheinlich zu den besonderen Abschnitten nein: Sie sind sogar die intensivste Zeit meines Lebens gewesen. Gregor Gysi und Richard Schröder und auch ich haben soeben im Bundestag diese wunderbare Zeit der Volkskammer dem trüben demokratischen parlamentarischen Alltag des Bundestages entgegengehalten. Nichts da: Ich erinnere mich gut daran, dass die DDR-Bevölkerung mit uns sehr unzufrieden war, sehr, sehr unzufrieden war, obwohl wir so fleißig waren, obwohl wir soviel bewegt haben, obwohl wir uns gegen westdeutsche Übermacht auch gewehrt haben – die westdeutschen Politiker waren uns überlegen, waren cleverer, erfahrener, hatten viel mehr Mitarbeiter etc. Unsere Wähler also waren trotz unserer Leistung mit uns unzufrieden. Wenigstens darin war die Volkskammer schon dem Deutschen Bundestag ähnlich. Laienspieler waren wir tatsächlich, und daran erinnert das Buch, und es belegt ein bisschen, wie das gewesen ist. Es ist eine Zusammenstellung von Erfahrungsberichten und Kommentaren zentraler Akteure im parlamentarischen Vereinigungsprozess. Die Parlamentspräsidentin, die ja zugleich auch Staatsoberhaupt war, weil wir keine Zeit mehr hatten, und auch das Motiv irgendwie verloren war, noch einmal einen eigenen Staatspräsidenten zu wählen – obwohl ich mich noch erinnere an die Kandidatensuche, wir hatten zwei, drei hoch reputierliche Kandidaten – die Parlamentspräsidentin, der Ministerpräsident, sein Außenminister, die Fraktionsvorsitzenden – sie alle schreiben nicht nur subjektive Erinnerungen auf, sondern versuchen zu objektivieren und auch einigermaßen selbstkritisch mit sich umzugehen. Ich finde, das ist sehr sympathisch, denn die Aufgabe, die wir hatten und die Neuigkeit, die Unvoreingenommenheit, mit der wir uns begegnet sind, das ist mir – darin hat Gregor Gysi schon recht – noch ausdrücklich in Erinnerung. Wenn einer ans Rednerpult trat, wusste man noch nicht, was er für eine Meinung vertreten würde. Heute weiß man das. Wenn Gysi ans Rednerpult tritt, weiß ich, was er sagen wird, und das gilt ja auch für die anderen von der eigenen Partei oder von der CDU. Diese außerordentliche Unvoreingenommenheit, die daran lag, dass wir uns in diesen sechs Monaten als individuelle Menschen wie als Politiker erst kennenlernen und Politik im Tun auch lernen mussten – die ist



unwiederholbar, das kann man nicht künstlich erzeugen, das ist diesen besonderen Verhältnissen geschuldet. Etwas davon wird ja deutlich, auch in der Dramatik, in der das abgelaufen ist, in der Schilderung von Reinhard Höppner über die Vorgänge in der Vereinigungsfrage. Wann war das? Der Beitrittsbeschluss fiel am 22. August 1990. Lebhaft erinnere ich mich an seine Vorgeschichte, an den Ablauf vorangegangener Entscheidungen. Ich erinnere mich an verschiedene Dinge, die lieben Kollegen der DSU sind ja noch da, an den 17. Juni, an andere Gelegenheiten, als es immer Verständigungen weit über Fraktionsgrenzen hinaus gab, um zu verhindern, dass jetzt urplötzlich ein Beitritt stattfindet, ganz unkontrolliert und wir damit aufgegeben hätten, was uns doch auf unterschiedliche Weise verbunden hat, nämlich in diesem sich beschleunigenden, wuchernden Prozessen doch noch einen Gestaltungsanspruch aufrechtzuerhalten. Den wollten wir verteidigen. Deshalb waren wir uns – vielleicht mit Ausnahme der DSU – einig, dass wir den sofortigen Beitritt nicht zulassen sollten, sondern soviel wie möglich zu regeln versuchen wollten. Dass wir das gemacht haben, wird mit der Zeit beurteilt werden – wir sind nicht Historiker, wir sind Akteure gewesen, wir können das selbst gar nicht angemessen beurteilen. Aber mit welchem Eifer, mit welchem geradezu heiligem Ernst wir das versucht haben, das ist mir noch sehr gegenwärtig. Und ein bisschen von der Erfahrung dieses halben Jahres trage ich noch in mir, wenn ich heutzutage gegen dieses Klima der Denunziation von Parteipolitik, angesichts von Häme, eines herablassenden Blickes auf die parlamentarischen Auseinandersetzungen, wenn ich dagegen die eigene Würde von Politik und von politischer Debatte verteidige. Das hat auch mit meiner Erfahrung aus dem Jahre 1990 zu tun. Das soll nicht heißen, dass wir nun immer fort pathetisch reden müssten, aber dass politische Arbeit, die parlamentarische Diskussion eine eigene Würde hat und dass sie nicht verfälscht werden darf zu Entertainment, dass sie Unterhaltungsansprüchen in der Regel nicht genügen kann, sondern der Klarheit der argumentativen Auseinandersetzung, dem Versuch, andere von etwas zu überzeugen, was man selber für das etwas Bessere hält, dienen muss, dies ist meine Schlüsselerfahrung aus diesem halben Jahr von 1990 gewesen. Wie fleißig wir waren – die Zahl will ich wenigstens dann auch noch mal zitieren; Herr Professor Herzog hat sie am Anfang in seinem Beitrag ausdrücklich noch einmal aufgezählt: In 38 Plenarsitzungen verabschiedeten die Abgeordneten 164 Gesetze und fassten 93 Beschlüsse, das heißt also: pro Sitzung vier Gesetze haben wir verabschiedet. Respekt! Im Rückblick will mir das noch viel mehr erscheinen, als es mir damals erschienen ist. Die Gesetze waren

nicht alle gleich gut, aber was ist der Unterschied? Heute sind auch nicht alle Gesetze gleich gut, obwohl wir uns zum Glück heute dafür mehr Zeit nehmen können.

Weil man sich nicht selber loben soll, zitiere ich wieder Professor Herzog, der in seinem Text schreibt – und das geht mir natürlich und ich hoffe, Ihnen, liebe Kolleginnen aus Volkskammerzeiten, auch runter wie Honig –:

Verglichen mit früheren parlamentarischen Neuanfängen in Deutschland, der Frankfurter Nationalversammlung oder dem Beginn der Weimarer Republik, hat die 10. Volkskammer der DDR ihre Arbeit nicht schlecht gemacht. Sie hat anders als jene historischen Vorläufer sich mit dem Dringlichen befasst.

Man kann das übersetzen: Auch wenn wir gelegentlich einen anderen subjektiven Eindruck hatten, die Volkskammer war keine Schwatzbude, sondern wir haben uns mit Dringlichem befasst. Die Tagesordnung haben wir am wenigsten selber bestimmen können. Vielleicht war das ein Vorzug.

Ich habe heute früh schon daran erinnert: Eine der großen Leistungen dieser Volkskammer – die hat sie schon in ihrer zweiten Sitzung erbracht war die gemeinsame Erklärung aller Fraktionen zur geschichtlichen Verantwortung, zu der wir uns bekennen. Und an dieser Stelle möchte ich ausdrücklich einen der beiden Herausgeber des Buches, nämlich Hans Misselwitz, für seine Vorarbeiten zu dieser Erklärung danken. Er hat mit anderen zusammen wesentliche Vorbereitungen geleistet. Auch im Rückblick will mir das so erscheinen angesichts des Tempos der Ereignisse, dass wir in einem ganz ausdrücklichen Akt uns zu geschichtlicher Verantwortung bekennen, ist nun wahrlich nicht selbstverständlich. Ich glaube, das ist ein Ruhmesblatt in dem Buch der Volkskammer. Von der Geschwindigkeit des Vereinigungsprozesses war die Rede dessen ungeachtet wollten, mussten Fragen von Verfassungsrang diskutiert werden. Sie sind überlagert worden von den akuten, drängenden, oft ganz praktischen Fragen des deutschen Einigungsprozesses. Aber den großen Entscheidungen, die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, der Einigungsvertrag, das Gesetz über die Einrichtung der Behörde für die Stasi-Unterlagen, also die Berufung eines Stasi-Beauftragten, gingen angemessen heftige Debatten voraus. – Übrigens, Gregor Gysi, mit viel weniger Einigkeit, als Sie sich heute früh erinnern haben. – In diesen wichtigen Fragen gab es schon eine klare Unterscheidung zwischen Mehrheit und Opposition. Das ist auch gut so. Frau Luft schreibt in dem Buch einen ausführlichen Text gerade über die ökonomisch-sozialen Probleme. Ich finde, auch der kritische Rückblick gehört dazu.

Insgesamt haben ja viele der Akteure, die sich in die Volkskammer haben wählen lassen, bewiesen, dass sie Lust auf Verantwortung, Lust auf Gestaltung des politischen, ökonomischen, sozialen Prozesses hatten, und ich sehe mit großer Freude, dass die meisten der Volkskammerabgeordneten diese Lust nicht verloren haben, sondern weiter Verantwortung wahrnehmen im Bundestag, in Landtagen, in Kommunalparlamenten, auch in anderen Aufgaben. Keiner ist gezwungen worden, zum Glück, Politik zu seinem Hauptberuf zu machen.

Das vorliegende Buch ist ein Buch der Erinnerung, aber zugleich mit Ansätzen zu einer historischen Würdigung; es ist nicht nur ein Buch der Anekdoten – das am wenigsten –, sondern des kritischen, selbstkritischen, aber auch sympathisierenden Rückblicks. Es kann nicht – Richard Schröder hat schon davon gesprochen – die wissenschaftliche Bearbeitung dieser wichtigen Phase in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus ersetzen. Dass jetzt auch die Protokolle der Volkskammer vorliegen, ist ein erster wichtiger Schritt, grundlegend für die wissenschaftliche Arbeit. Aber ich wünsche mir, dass die historische Rekonstruktion dessen, was da alles an Entscheidungs- und Kommunikationsprozessen abgelaufen ist, auch die angemessene, die faire, die einigermaßen objektive historische Würdigung dessen, was damals geleistet worden ist, der Irrtümer und der richtigen Einsichten, wirklich noch erfolgt. Das ist notwendig, weil dieser Band das natürlich nicht ersetzen kann.

Innerhalb von wenigen Wochen entstanden, haben sich auch unverzeihliche Fehler eingeschlichen. Auf einen will ich nun ausdrücklich hinweisen. In den Listen, die angehängt sind, gibt es einen geradezu verrückten Unterschied. Die CDU-Kollegen haben alle einen Beruf, auch die Kollegen der F.D.P., auch die der Bauernpartei, des Neuen Forums und der PDS, nur die Sozialdemokraten sind eigentümlich berufslos (Zurufe) und auch die DSU (Heiterkeit) – die Abgeordneten dieser beiden Fraktionen haben glaubt man dem Buch keine Berufe. Es wird nur erwähnt, dass bei der SPD – wer wird das vergessen –, eine Reihe von Pfarrern dabei war. Also, ich wünsche mir, Herr Verleger, dass das bei der endgültigen Auflage noch korrigiert wird, denn wir haben damals auch alle freimütig unsere Berufe angegeben. Sie waren ja sehr ehrenwert, und zwar nicht nur der Beruf des Pfarrers, sondern auch andere ehrenwerte Berufe gab es zu DDR-Zeiten und schon bei einer ersten Durchsicht hat ein lieber Kollege aus der Volkskammerfraktion der SPD sofort entdeckt, er fehlt. Herr Kollege Karl-Heinz Kunkel, wer wird sich nicht an ihn erinnern, er war einer der größten von uns: 1,95 m und übrigens kein Pfarrer, und nun steht er nicht da. Also das muss man ändern.

Ich wünsche mir sehr, dass diese beiden Veröffentlichungen, dieses Buch wie die Volkskammer-Protokolle, ein wirklicher Startschuss für die wissenschaftliche Bearbeitung dieser wichtigen Phase der deutschen Geschichte ist. Ich wiederhole das noch: Dieses halbe Jahr der frei gewählten Volkskammer ist ein wichtiges, ein großes Kapitel in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus und er ist einer der wichtigsten Phasen der Biographien, all derjenigen, die dabei waren. Auch deswegen bin ich froh und dankbar, dass wir pünktlich zum 10. Jahrestag der Wahl dieser Volkskammer dieses Bändchen haben. Die Erinnerung an eine Phase, die jüngere Leute bestensfalls vom Hörensagen kennen, und von der sonst nicht mehr soviel die Rede ist, ist wichtig. Deswegen wollen wir dieses Büchlein unter die Leute bringen, und deswegen wird der Deutsche Bundestag davon 10.000 Stück ankaufen. Kenntnisse zu verbreiten über die Arbeit, aber auch die Geschichte der Deutschen Parlamente gehört nämlich auch zu unseren Aufgaben.

Herzlichen Dank.





Eine Ausstellung zur Volkskammer mit Plakat und Multimedia-Exponaten wurde auf der Fraktionsebene des Reichstagsgebäudes gezeigt.

